

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE • • REDAKTEUR D. MEYER

10. JAHRG.

JUNI 1917

6. HEFT

DER DEUTSCHE INDUSTRIELLE IN BULGARIEN¹⁾.

Von Dr. W. K. Weiß-Bartenstein, Berlin.

Der Weltkrieg hat die freie Handelstraße nach dem Orient eröffnet und somit den wirtschaftlichen Zusammenschluß aller Anlieger dieser Welthandelstraße zum gemeinsamen Verfolgen ihrer Wirtschaftsaufgaben vorbereitet, der nach dem Frieden stattfinden wird. Das hierbei die führende Rolle spielende deutsche Kapital wird sich jedoch nicht nur in dem Güteraustausch von Industrie- gegen Landwirtschaftserzeugnisse betätigen, sondern auch nach den beteiligten Ländern abfließen, um dort zur Hebung der reichen Bodenschätze und zu ihrer industriellen Verwertung beizutragen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, taucht die Frage auf, welche Industriezweige in der jungen gewerblichen Tätigkeit der Bulgaren schon gepflegt werden und inwieweit und in welcher Weise ausländisches Kapital an den Unternehmungen der einzelnen Industriegruppen mit Erfolg mitarbeiten kann.

Hierbei ist zuerst die Frage des Konzessionswesens für den Unternehmer wichtig. Es können Konzessionen im engeren Sinne gewährt werden, ferner solche zum Genuß der allgemeinen und besonderen Vorteile der bulgarischen Industrieförderungsgesetze und solche im weitesten Sinne, durch die ein mehr oder weniger großes örtliches Erzeugungsmonopol eingeräumt wird.

Eine Genehmigung zum Gewerbebetrieb im engeren Sinne wird erteilt, wenn eine gedeihliche Durchführung des Unternehmens auch mit Rücksicht auf die Bevölkerung und das allgemeine Erwerbsleben ohne Schädigung höherer Gesichtspunkte zu erwarten ist.

Die allgemeinen Vorteile der Industrieförderungsgesetze bestehen in Zoll- und Steuererleichterungen, Tarifiermäßigungen auf den Staatsbahnen, Bevorzugung bei staatlichen Ausschreibungen, Einräumung von Fabrikgebäuden usw. Sie werden gewährt, wenn die Gründung einer solchen Fabrik wünschenswert erscheint. Gewisse Sondervorteile können Unternehmungen eingeräumt werden, die mindestens 10 PS mechanische Kraft ausnutzen, 20000 Fr in neuzeitigen Maschinen angelegt haben und ein halbes Jahr hin-

¹⁾ Vergl. auch die andern Schriften des Verfassers: „Bulgariens volkswirtschaftliche Entwicklung“, Berlin 1913, „Bulgarien, Land, Leute und Wirtschaft“, Berlin 1913, und „Bulgariens Volkswirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten“, Berlin 1917, Carl Heymanns Verlag.

durch ununterbrochen 10 Arbeiter beschäftigen. Sie haben außerdem der bulgarischen Regierung alljährlich einen Bericht über den Geschäftsgang, den Arbeiterstand, die Löhne, die Jahreserzeugung, die Menge der verbrauchten Roh- und Brennstoffe, die benutzten Maschinen usw. zur Aufstellung statistischer Tafeln zugehen zu lassen, damit die Regierung die Wirkungen des Gesetzes überwachen kann.

Sodann ist bestimmt, daß während des zweiten Jahres des Bestehens einer Fabrik wenigstens die Hälfte und im dritten Jahre wenigstens drei Viertel der Arbeiter bulgarische Untertanen sein müssen. Späterhin sollen alle Arbeiter, mit Ausnahme der mit Sonderfachkenntnissen ausgestatteten Meister, Bulgaren sein. Hierdurch wird erstrebt, die Industrie zu nationalisieren.

Die Industrieförderungsgesetze sichern der heimischen Industrie einschließlich der ausländischen Gründungen sowohl bei der Erzeugung wie beim Absatz die erwähnten Vorteile, die die Entwicklung einer Großindustrie fördern sollen. Wenn man die Industriegesetzgebung Bulgariens daraufhin betrachtet, so findet man folgende Entwicklungslinien: Während das Gesetz von 1894 eine Zahl von mindestens 20 Arbeitern vorschrieb, verlangt das Gesetz von 1905 nur 15 Arbeiter und die Novelle von 1909 nur 10 Arbeitskräfte. Dagegen setzte man 1894 noch nicht die Verwendung mechanischer Kraft voraus, während man 1905 schon 5 PS und 1909 sogar 10 PS zur Bedingung machte. Der Gesetzgeber war also bestrebt, den kapitalistischen Produktionsfaktor gegenüber dem Faktor der Menschenarbeit in den Vordergrund treten zu lassen, das heißt die Industrie durch Einführung von Maschinen auf eine höhere Intensitätsstufe zu bringen. Daß das Ministerium diese Forderung stellen konnte, ist wohl hauptsächlich den großen technischen Fortschritten zu danken, die in allerneuester Zeit in dem Bau von Verbrennungsmaschinen gemacht sind, deren Einbürgerung in Bulgarien sich die Regierung ganz mit Recht sehr angelegen sein läßt. Es scheint das in der Tat der richtige Weg zu sein, um aus dem Stande der Handwerker heraus allmählich einen kleinen einheimischen Fabrikantenstamm zu schaffen, dessen tüchtigste Mitglieder dann mit der Zeit zum Großfabrikbetrieb übergehen können.

Wir haben uns nunmehr die Frage vorzulegen, wie die Industriegesetzgebung Bulgariens gewirkt hat. 1911 war das letzte Jahr, in dem sich das Land einer ruhigen, stetigen Entwicklung erfreute. In den 17 Jahren von 1894 bis 1911 wurden 347 Unternehmungen in das Register der Betriebe eingetragen, die Anspruch auf Vergünstigungen haben. Ihr Anlagekapital betrug 83,5 Mill. Fr, im Durchschnitt also ungefähr eine Viertelmillion Fr, und ihre Jahreserzeugung rd. 116 Mill. Fr, ihr Reingewinn rd. 8 Mill. Fr. Trotz des ansehnlichen Registers der in Bulgarien entstandenen Industrien haben die Gesetze zur Förderung der gewerblichen Tätigkeit im Lande doch noch bei weitem nicht alle die Industriezweige ins Leben gerufen, welche bei den günstigen natürlichen Bedingungen des Landes erfolgreich arbeiten könnten; zum Teil trug hieran auch die Handelspolitik die Schuld.

Wenn wir die Zeit der Gründung dieser Industrieunternehmungen verfolgen, so sehen wir, daß in der Zeit von 1830 bis 1879, also vor der Befreiung, bloß 20 gegründet worden sind; von 1880 bis 1884 23, von 1885 bis 1889 33, von 1890 bis 1894 54, von 1895 bis 1899 36, von 1900 bis 1904 30 und von 1905 bis 1909 70. Diese Zahlen beweisen, daß seit 1894, also seit Inkrafttreten des ersten Gesetzes zur Förderung der heimischen Industrie, die industrielle Tätigkeit im Lande stark zugenommen hat. Gleichfalls wird

die bedeutende Belebung der Erzeugung durch die Handelsverträge von 1905 gezeigt, welchen das Entstehen der in dem letzten Zeitabschnitt gegründeten Fabriken zu verdanken ist. In den Jahren 1910 und 1911 kamen noch 93 Betriebe hinzu, während 12 wieder eingingen, so daß sich die Zahl der Unternehmungen von 266 auf 347 hob. Bis 1914 wurden insgesamt 388 Fabriken gegründet.

Auch heute sind noch die meisten Unternehmungen auf einen Industrieschutz angewiesen, einige haben sogar eine besondere Ausnahmestellung inne; doch sind das nur wenige, denn schwieriger als die vorerwähnten Vorteile ist eine solche Konzession im weitesten Sinne zu erlangen, da sie dem Unternehmer für einen bestimmten Bezirk das Erzeugungsmonopol erteilt. Dies geschieht nur selten und in Fällen, in denen die Niederlassung eines Industriezweiges allein durch die Begünstigungen der Fabrikindustrie-Förderungsgesetze nicht erreicht werden kann. Im allgemeinen hängen diese Bedingungen eng mit den Vorschriften der oben erwähnten Gesetze zusammen und sind nur noch weitergehend. Für jeden einzelnen Fall werden Sondererwägungen angestellt, so daß die gesetzlichen Bestimmungen hierüber nicht ins einzelne gehen. Hauptsächlich sind die hierfür in Betracht kommenden Industriezweige gesetzlich festgelegt, und ihre Zahl ist durch das Gesetz von 1905 gegen früher erweitert worden. Außerdem sind diese großen Begünstigungen auch mit gewissen Lasten verbunden. Die Gewährung einer derartigen Konzession verpflichtet die Unternehmer, eine Kasse für die Arbeiterunfallversicherung zu schaffen, zu welcher der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Beiträge zu leisten haben, und zu andern sozialen Opfern.

Eine Konzession wird für die Dauer von höchstens 30 Jahren gewährt, und die Größe des zugewiesenen konzessionierten Bezirkes hängt von der Bedeutung des Industriezweiges und von dem Anlagekapital des einzelnen Unternehmens ab.

Das Gesetz vom Jahre 1909 bringt in dieser Frage einige wichtige Neuerungen, hiernach sind die Bedingungen und die Art der Erteilung geändert worden. Die Konzession schließt nicht mehr ohne weiteres die Gewähr der allgemeinen und Sonderbegünstigungen ein, sondern erteilt nur das Recht zur alleinigen Herstellung gewisser Gegenstände in bestimmten Gebieten. Diese Gebiete umfassen gewöhnlich zwei bis drei Verwaltungsbezirke, in denen sich aber auch andere Unternehmungen niederlassen können, ohne jedoch einen Anspruch auf besondere Begünstigungen zu haben.

Für die Erteilung einer Konzession setzt das Gesetz in erster Linie voraus, daß das betreffende Unternehmen in neuzeitigen Maschinen und sonstigen Hilfsmitteln ein Kapital von mindestens 150000 Fr angelegt hat und während eines Jahres wenigstens 50 Arbeiter gleichmäßig beschäftigt.

Die Gründung einer solchen Fabrik hat nach zwei Jahren und die Inbetriebnahme nach zwei weiteren Jahren nach der Erteilung der Konzession zu erfolgen. Um die Einhaltung dieser Vorschriften zu sichern, ist bei der Nationalbank eine Sicherheitsleistung in Höhe von 5 vH der Anlagekosten als Pfand dafür zu hinterlegen, daß das Unternehmen auch wirklich ins Leben tritt und die Konzession nicht nur ein willkommener Spekulationsgegenstand in den Händen von Konzessionshändlern wird.

Wir sehen, daß sowohl die Voraussetzung für die Erteilung einer Konzession wie die Ausbeutung derselben verschärften Bedingungen unterworfen

ist. Übrigens verpflichtet auch dieses Gesetz die Unternehmer zur Bildung von Arbeiterversicherungskassen gegen Unfall, Alter, Invalidität und Tod. Ferner soll der Unternehmer für gute Arbeiterwohnungen Sorge tragen. Also auch sozialpolitische Maßnahmen kommen mehr und mehr in Anwendung.

Eine Konzession wird nur für die im Artikel 24 ausdrücklich erwähnten Industrien erteilt, und zwar für Zucker, Seidenstoffe, Mineralöl, Öl von Naphtha, Pflanzen und Tieren, Pech jeder Art, Speisekonserven, Teigwaren, Papier und Karton, Zellstoff, Glaswaren, Farben, chemische Düngemittel, Terpentin, Zement und hydraulischen Kalk. Der größte Teil dieser Erzeugnisse steht in engen Beziehungen zu der Hauptbeschäftigung der Bevölkerung, und ein Entstehen der einschlägigen Industrien wird die neuzeitliche Weiterentwicklung der Landwirtschaft ohne Zweifel begünstigen.

Im Gegensatz zu früheren Bestimmungen werden diese Konzessionen nur auf Grund von Sondergesetzen erteilt, welche für jeden Einzelfall der Genehmigung der Volksvertretung bedürfen. In der vom Handelsminister zu gebenden Begründung zu einem solchen Gesetzentwurf muß das Gutachten des Industrierates enthalten sein, so daß die Genehmigung einer Konzession drei Stellen zu durchlaufen hat: den Industrierat, den Handelsminister und die Volksvertretung.

Diese Strenge des Gesetzes ist durch die gemachten Erfahrungen als notwendig erkannt worden; sie soll verhindern, daß solche Konzessionen von den Inhabern nachträglich zu einem Spekulationsgegenstand gemacht werden und unverdienter leichter Bereicherung des Einzelnen zum Schaden der Allgemeinheit dienen.

Industriekonzessionen monopolartiger Natur für einzelne Gebiete sind bisher drei Unternehmen gewährt worden, und zwar für die Erzeugung von Zucker, von chemischen Düngemitteln und von seidenen Stoffen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Gewerbegesetzgebung Bulgariens regelt das Verdingungswesen.

Ein 1906 in der bulgarischen Sobranje zur Annahme gelangtes Gesetz, betreffend die öffentlichen Unternehmungen, enthält einige Bestimmungen auf dem Gebiete des Verdingungswesens, die im folgenden in ihren wichtigsten Grundzügen wiedergegeben werden sollen.

Unter der Sammelbezeichnung „öffentliche Unternehmungen“ werden alle die Vereinbarungen zusammengefaßt, welche einen Kauf, Verkauf, eine Verpachtung oder die Ausführung öffentlicher Arbeiten zum Gegenstand haben. Der Rahmen des Gesetzes ist somit etwas weiter als der einer bloßen Regelung des öffentlichen Lieferungswesens, wenn auch sein Inhalt vor allem den Anforderungen auf diesem Gebiete Rechnung trägt und auf ihm die größte praktische Bedeutung gewinnen dürfte. Der Gesichtspunkt der Öffentlichkeit der Lieferungen ist dergestalt abgegrenzt, daß den gesetzlichen Bestimmungen alle Lieferverträge unterworfen werden, bei welchen der Staat, die Kreise, die Gemeinden, die bulgarische Nationalbank oder die landwirtschaftliche Bank beteiligt sind. Als übliche Art der Vergebung ist, abgesehen von bestimmten Fällen der freien Vereinbarung, die im Wege des allgemeinen Wettbewerbs oder, wie sich das Gesetz ausdrückt, die „Lizitation“ vorgesehen.

Durch die ins einzelne gehenden Bestimmungen des neuen Gesetzes erfahren sämtliche Stufen des Verdingungsverfahrens eine ziemlich eingehende

Regelung. Diese wird durch Vorschriften über die allgemeine Bekanntmachung der Verdingungsverhandlung eingeleitet, die durch öffentlichen Anschlag sowie durch Einrücken in den bulgarischen Staatsanzeiger und in örtliche Blätter zu erfolgen hat. Dem Zweck, die fremde Geschäftswelt heranzuziehen, dient die Bestimmung, daß die Bekanntmachung nach Bedarf auch in einigen der bedeutenderen ausländischen Zeitungen veröffentlicht werden soll.

Im Anschluß hieran regelt das Gesetz die Voraussetzungen für die Zulassung der einzelnen Bewerber. Gefordert wird neben der bulgarischen Staatsangehörigkeit ein in der Regel von der Handelskammer ausgestelltes Befähigungszeugnis, ein Zeugnis über den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte, bei Handelsgesellschaften die Bescheinigung eines rechtlichen Bestandes, ferner der Nachweis der Sicherheitshinterlegung.

Von grundlegender Bedeutung für die Beteiligung des Auslandes an den Lieferungen ist die Bestimmung, daß die Angehörigen derjenigen fremden Staaten, mit welchen Bulgarien Handelsverträge abgeschlossen hat, auf dem Gebiete des öffentlichen Lieferwesens den bulgarischen Staatsangehörigen gleichgestellt sind.

Die Lizitationsausschüsse, die als Sonderorgane, um Verdingungsverhandlungen abzuhalten, bei allen Arten öffentlicher Lieferungen in Tätigkeit treten, sind aus Beamten der die Lieferungen vergebenden Behörde und des Finanzministeriums sowie aus Vertretern der Kommunalverwaltung zusammengesetzt. Besondere Vorschriften sollen die Bewegungsfreiheit dieser Organe sichern, so namentlich die Bestimmung, daß die Mehrheit der Mitglieder eines Lizitationsausschusses nicht aus Beamten bestehen darf, die zueinander im Verhältnis der dienstlichen Unterordnung stehen.

Für die Verdingungsverhandlung ist die Gliederung in zwei Hauptteile kennzeichnend. Zunächst wird die Vorfrage der Zulassung zum Wettbewerb entschieden, und hierauf folgt die Auswahl unter den zugelassenen Bewerbern, also der eigentliche Vergabungsakt.

Namentlich für diesen zweiten Abschnitt des Verfahrens ist die Unterscheidung zwischen geheimem und offenem Wettbewerb wichtig. Während ersterer ohne Rücksicht auf den Umfang der Lieferung zulässig ist, kann letzterer nur bei Beträgen unter 10 000 Fr Platz greifen.

Das frühere Lizitationsgesetz aus dem Jahre 1882 sowie die Sonderbestimmungen über die Beschaffung des Heeresbedarfes treten außer Kraft, so daß das neue Gesetz ausnahmslos angewendet wird, um alle Zweige des staatlichen und sonstigen öffentlichen Bedarfes zu decken. Die Ausschreibungen, die für deutsche Geschäftshäuser Bedeutung haben könnten, werden u. a. im Deutschen Reichsanzeiger und in den Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft veröffentlicht. Die Abnahme der festgestellten Arbeiten und Lieferungen ist sehr streng. Um Weiterungen und Verluste zu vermeiden, müssen daher die Lieferbedingungen, insbesondere die Lieferfrist, aufs peinlichste innegehalten werden.

Was die allgemeine Einfuhr nach Bulgarien betrifft, so möchte ich auf die folgenden Punkte hinweisen. Um einen guten Absatz zu erzielen, ist es in erster Linie notwendig, den bulgarischen Markt noch mehr, als das bisher geschehen ist, durch sach- und sprachkundige Reisende bearbeiten zu lassen. Tüchtige Reisende zu entsenden ist schon deshalb empfehlenswert, weil die in Bulgarien ansässigen Vertreter sich meist nicht ausschließlich einem Geschäftszweig widmen, so daß ihnen häufig die Gelegenheit fehlt, sich ein-

gehende Fachkenntnisse zu erwerben. Handelsreisende müssen mit einer Ausweiskarte versehen sein, die ihnen von dem Zollamt der ersten bulgarischen Stadt, welche sie betreten, ausgefertigt wird. Die Gebühr für eine Ausweiskarte beträgt 150 Fr und 100 Fr, je nachdem, ob sie für ein Jahr oder nur für sechs Monate ausgestellt wird, und erhöht sich um 100 Fr, wenn der Reisende mehr als ein Geschäftshaus betritt. Für Warenmuster, welche der Handlungsreisende mit sich führt, ist der Zoll zu hinterlegen. Er wird zurückerstattet, wenn die Muster binnen 12 Monaten wieder ausgeführt werden ¹⁾.

Das Aussenden von Handlungsreisenden darf aber nicht dazu verleiten, auf die Bestellung eines dauernden Vertreters zu verzichten. Die Wahl eines tüchtigen, im Lande selbst ansässigen Vertreters bleibt auch fernerhin von größter Wichtigkeit. Nicht wenige deutsche Häuser pflegten ihre Vertreter in Bukarest (mitunter auch in Belgrad oder Konstantinopel) mit ihrer Vertretung in Bulgarien zu betrauen. Die Vertreter unternehmen gelegentlich kleine Reisen nach Bulgarien, sind aber vielfach über die Verhältnisse der dortigen Märkte und Kunden nicht genügend unterrichtet. Von schikanösen oder böswilligen Kunden wird dieser Umstand häufig benutzt, um den Vertretern deutscher Häuser Schädigungen durch Zahlungsver schleppung und dergleichen zuzufügen. Bei der Auswahl des Vertreters ist große Vorsicht geboten. Die Zahl der Handelsvertreter in den Haupthandelsplätzen (wie Sofia und Rustschuk) hat in der letzten Zeit bedeutend zugenommen, doch befinden sich darunter vielfach mittellose und geschäftsunkundige junge Leute, von denen eine ersprißliche Tätigkeit nicht zu erwarten ist. Der deutschen Geschäftswelt kann daher nicht dringend genug geraten werden, sich vor Ernennung eines geeigneten Vertreters genau nach diesem zu erkundigen. Um Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, ist die Vermittlung eines gut eingeführten Agenten ratsam. Im allgemeinen kann den deutschen Ausfuhrhäusern nicht empfohlen werden, mit der Kundschaft ²⁾ (Detailisten) in unmittelbare Verbindung zu treten.

Die Abfassung von Katalogen in deutscher Sprache genügt. Von fremdsprachlichen kommen nur bulgarische in Betracht, französische kaum, insbesondere nicht nach dem Weltkriege. Vor allem sind die Kataloge, um Anklang zu finden, mit genauen Abbildungen zu versehen. Von fremden Firmen werden bereits Werbeanzeigen in bulgarischen Zeitungen gemacht, jedoch nur in den größeren in Sofia erscheinenden Blättern.

Bei neuen Lieferungen, insbesondere aber bei Anknüpfung neuer Geschäftsverbindungen ist Vorsicht anzuraten; große Kredite zu gewähren, ist meist nicht angezeigt. Es empfiehlt sich, in zweifelhaften Fällen vorher Auskünfte beim Kaiserlichen Konsulat oder bei deutschen Banken in Bulgarien, wie sie als Tochterunternehmungen der Diskontogesellschaft und auch der jetzt

¹⁾ Die Bestimmungen über Handlungsreisende finden sich im Gesetze vom 26. März/8. April 1905 (vergl. Deutsches Handels-Archiv 1905 I S. 1011) und in Artikel 4 des deutsch-bulgarischen Handelsvertrages (vergl. Deutsches Handels-Archiv 1906 I S. 1). Dazu ist zwischen der bulgarischen und der deutschen Regierung ein Abkommen über die Zollbehandlung von Warenmustern in Bulgarien getroffen worden, die von Handlungsreisenden mitgeführt werden. Demnach sind diese Warenmuster unter Anbringung von Erkennungszeichen ohne Plombierung zum Verkehr in Bulgarien zugelassen worden.

²⁾ Der Kleinhandel in Bulgarien liegt meist in den Händen der spaniolischen Juden.

dort eingeführten Deutschen Bank bestehen, einzuziehen. Es ist üblich, die Konnossemente nur gegen Zahlung oder Wechsel auszuhändigen.

Was die Zahlungsweise anbelangt, so beanspruchen die bulgarischen Geschäftsleute in der Regel einen Kredit von 3, 4 oder 6 Monaten, mitunter, z. B. bei Maschinen, auch von längerer Dauer. Es empfiehlt sich, möglichst nicht gegen offene Rechnung, sondern nur gegen vollgültiges Akzept nach Bulgarien zu liefern. Der angenommene und bei der Protesterhebung unangefochten gebliebene Wechsel hat die Kraft einer vollstreckbaren Urkunde.

Bei Beanstandung von Waren oder bei sonstigen Schwierigkeiten kann der deutsche Kaufmann zunächst versuchen, die Angelegenheit durch seinen Vertreter gütlich beizulegen. Schließlich ist auch das Kaiserliche Konsulat stets bereit, hierbei mitzuwirken, ebenso wie beim Eintreiben von Forderungen, doch stehen dem Konsulat keine Zwangsmittel gegen fremde Staatsangehörige mehr zu Gebote. Es muß sich daher auf eine vermittelnde Tätigkeit beschränken, die, soweit die Provinz in Frage kommt, nur in einer schriftlichen Zahlungsaufforderung bestehen kann. Sollte ein Ausgleich nicht zustande kommen, so bleiben nur der Rechtsweg und die Beauftragung eines Anwalts, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, übrig.

Da das bulgarische Gerichtsverfahren langwierig und kostspielig ist, so ist eine Prozeßführung nur anzuraten, wenn es sich um einen bedeutenden Streitgegenstand handelt. Anwälte, die des Deutschen und Französischen mächtig sind, findet man an den größeren Plätzen.

Anmeldungen von Konkursforderungen werden nur berücksichtigt, wenn sie in bulgarischer Sprache abgefaßt und dabei die vom Gesetze sonst noch vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet worden sind. Bei Zahlungseinstellungen von bulgarischen Geschäftshäusern empfiehlt es sich, sofort einen Anwalt oder den Platzvertreter mit der Anmeldung und der weiteren Wahrung seiner Rechte zu betrauen.

Die Bulgaren sind keine böswilligen Schuldner. Da beim letzten Balkankrieg 90 vH der im Alter von 20 bis 60 Jahren stehenden männlichen bulgarischen Bevölkerung zu den Fahnen berufen und die besten Kräfte des Landes während dieser Zeit jeder wirtschaftlich-produktiven Tätigkeit entzogen waren, so wäre es nicht zu verwundern gewesen, wenn die Beendigung des Krieges von ernststen Störungen des Wirtschaftslebens des Landes begleitet gewesen wäre, wie dies bei der Kreditverkettung leicht zu erwarten war. Deshalb wurde auch damals sofort nach der Mobilisation Bulgariens gegen die Türkei — wie auch jetzt wieder bei Ausbruch des Weltkrieges — vom Staate ein allgemeines Moratorium erlassen, demzufolge die Banken unter Führung der Staatsinstitute ihre Zahlungen offiziell einstellten, wenn sie auch unter der Hand ihren Kunden nach Möglichkeit die Mittel für die laufenden Zahlungen, und um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, zur Verfügung stellten. Die Folge dieser Zustände war ein rasches Steigen des Goldagios und der Wechselkurse.

Unter allen Balkanstaaten hat Bulgarien nach dem Balkankriege zuerst das Moratorium aufgehoben, und trotz des hohen Agios wurden 90 vH aller inländischen und ausländischen Wechsel pünktlich eingelöst. Es ist rühmend hervorheben, daß viele bulgarische Kaufleute keinen Gebrauch von diesen gesetzlichen Begünstigungen machten und noch vor dem Ablauf des Moratoriums ihren Verbindlichkeiten nachgekommen waren.

Daß der Balkankrieg keinen Einfluß auf die Erfüllung der Wechselver-

bindlichkeiten hatte, zeigt die folgende Zusammenstellung. Es sind protestiert worden:

1911	8450	Wechsel im Betrage von	6 762 403	Fr
1912	5920	„ „ „ „	5 357 722	Fr
1913	6741	„ „ „ „	6 053 175	Fr.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Handwerk gelitten hat und die Handwerker gezwungen waren, zum großen Teil von ihren Ersparnissen zu leben. Ihre Lage läßt deshalb auch heute noch zu wünschen übrig und könnte durch einige Maßnahmen der Regierung verbessert werden. Da jedoch die Zahl der Handwerker verhältnismäßig gering ist, so fällt ihre Lage bei der Beurteilung der Gewerbetreibenden weniger ins Gewicht. Für die Hebung des Handwerks in Bulgarien scheint uns hauptsächlich dreierlei notwendig: die Bildung von Handwerkskammern, und zwar etwa vier, für Nordbulgarien, Mittelbulgarien, das neue Südbulgarien und Mazedonien, ferner die Belebung des Genossenschaftswesens und das sorgfältige Studium der Frage, wie weit das Handwerk in Bulgarien lebensfähig sei, und mit welchen Mitteln und in welchem Umfange ihm ohne zu große Opfer zu Lasten der Allgemeinheit geholfen werden kann.

Die aufstrebende Großindustrie hat dagegen während der Kriege eine Hochkonjunktur erlebt und vom Staate Aufträge in Höhe von vielen Millionen Fr erhalten, was für die immerhin noch nicht sehr zahlreichen Betriebe beträchtlich ist. Hauptsächlich wurden hiervon die Textilindustrie, die Mehlfabrikation, die Lederindustrie und einige verwandte Industriezweige betroffen. Die Großindustrie hat sich bei diesen Kriegslieferungen im Rahmen ihrer Erzeugungsmöglichkeit als durchaus leistungsfähig erwiesen, und wir können nur zu dem Urteil kommen, daß die bulgarische Regierung mit ihrer Industriepolitik im allgemeinen auf dem richtigen Wege gewesen ist, und daß die Grundlage für ein weiteres Aufblühen der industriellen Tätigkeit in Bulgarien geschaffen ist.

Diese Industriepolitik hatte zur Folge, daß sich aus kleinen und kleinsten Anfängen heraus eine immer mehr aufblühende Industrie im Lande entwickelt hat, unter deren Betrieben sich viele ausländische Gründungen befinden. Da das deutsche Kapital nach dem Kriege in noch größerem Maße beim Heben der Bodenschätze Bulgariens mitwirken wird, so wird es den Hebel zur industriellen Weiterentwicklung Bulgariens bilden und dabei selbst auf gute Gewinne rechnen können; um so mehr, als Deutschland in jeder Beziehung auf Begünstigung seiner wirtschaftlichen Bestrebungen in dem jungen Königreich nach dem Kriege wird rechnen können.

Aus dieser Besprechung des Konzessions- und öffentlichen Lieferwesens sowie der Handelsgebräuche in Bulgarien dürften wir den Eindruck gewonnen haben, daß durch die Industriegesetzgebung Bulgariens, welche in weitgehendem Maße die Bildung industrieller Großbetriebe begünstigt und bei der Vergebung der Staatsaufträge dem Leistungsfähigsten im freien Wettbewerbe die größten Aussichten bietet, sofern nicht der heimischen Industrie gesetzlich der Vorzug gesichert ist, dem deutschen Kaufmann und Industriellen die Wege offen stehen. Wie er es verstanden hat, auch in den letzten Jahren gegenüber anderen im Wettbewerbe stehenden Nationen durch die Güte seiner Ware dauernd an Boden zu gewinnen, so wird er sich besonders nach dem Kriege neben Österreich-Ungarn mit Leichtigkeit den ersten Platz im Wirtschaftsleben Bulgariens zu sichern wissen.

ABSCHREIBUNGEN IN MASCHINENFABRIKEN.

Von J. J. BORREN, Helmond (Holland).

Die Abschreibungsfrage wird von den meisten Ingenieuren für ein kaufmännisches oder juristisches Problem angesehen, sie ist indessen in erster Linie ein technisches. Jedenfalls kann der im Betriebe tätige Ingenieur besser als der Kaufmann oder der Jurist die Wertminderung von Betriebsanlagen beurteilen. Es erscheint deshalb wünschenswert, daß dieser Gegenstand auch vom betriebstechnischen Standpunkte aus behandelt wird.

Georg Meyer hat in einer Abhandlung¹⁾ angegeben, daß die Ingenieure durchweg für die Abschreibung vom Neuwerte eintreten, aber er führt Gründe hierfür nicht an. Auch die von ihm genannten Vertreter dieser Ansicht haben meist nur in wenigen Zeilen auf die Einfachheit und Natürlichkeit der Abschreibung vom Neuwert hingewiesen, ohne Beweise für die Richtigkeit dieser Abschreibungsart zu geben. Auch Schiff²⁾ entscheidet sich für die Abschreibung vom Neuwert, während Lewin³⁾ eine neue Abschreibungsart vorgeschlagen hat, wobei die Abschreibungen zwischen Neuwert- und Buchwertabschreibung liegen. Er sucht damit die Fehler der Neuwertabschreibung zu umgehen.

Im nachstehenden soll versucht werden, die Ursachen der Entwertung, mit denen man in einer Maschinenfabrik zu rechnen hat, zusammenzustellen, ihren Einfluß zu bestimmen und eine Abschreibungsart zu finden, welche diesen Wertminderungen so gut als möglich entspricht.

Die Abschreibungsfrage ist für jeden Betrieb von außerordentlicher Wichtigkeit. In vielen Betrieben ist, selbst in guten Jahren, die Summe der Abschreibungen ein Vielfaches des Gewinnes, so daß eine Änderung der Abschreibungssätze den verteilbaren Gewinn beträchtlich beeinflussen würde.

Die schnelle Entwicklung der Technik hat die Gesichtspunkte für die Festsetzung der Abschreibungen geändert. Noch viele Geschäftsinhaber glauben am vorteilhaftesten zu arbeiten, wenn sie ihre alten Maschinen und Werkzeuge möglichst gut unterhalten, sie nicht zu stark beanspruchen und ihre Lebensdauer möglichst verlängern. In unserer Zeit ändern sich aber die Maschinen und Bearbeitungsweisen so schnell, daß man zumeist die niedrigsten Herstellungskosten bei voller Ausnutzung der Werkzeugmaschinen erhält, auch wenn diese dabei in kürzerer Zeit unbrauchbar werden.

Amerika hat, gezwungen durch hohe Löhne, schon längst seine Maschinen bis zum äußersten ausgenutzt. Je mehr wir diesem Beispiel folgen, mit um so höheren Abschreibungsbeträgen ist zu rechnen und um so größer wird die Wichtigkeit einer richtigen Abschreibungsweise.

Es ist vielfach üblich, die Abschreibungen nach dem wirtschaftlichen Ergebnis des vergangenen Betriebsjahres zu bemessen. Daß dieses Verfahren falsch ist, wird allgemein anerkannt: die Abschreibungen bilden einen Teil der Erzeugungskosten. So schreibt Schlesinger⁴⁾: „Es werden

1) „Werkstatts-Technik“ 1914 S. 460.

2) Emil Schiff, Die Wertminderungen an Betriebsanlagen.

3) Verh. des Ver. z. Bef. des Gewerbefleißes 1908 S. 146.

4) Schlesinger, Selbstkostenberechnung im Maschinenbau. Berlin 1911.

fortgesetzt einmalige Anschaffungskosten in laufende Betriebskosten umgeformt. Was durch Abnutzung der Mittel verloren geht, wird in den Herstellungskosten des Erzeugnisses wieder erstattet.“

Der Wert von Betriebsanlagen vermindert sich fortwährend; Maschinen und Gebäude nutzen sich genau soviel ab und altern ebenso sehr, gleichviel ob die Fabrik mit Gewinn oder mit Verlust arbeitet. Abschreibungen sind deshalb immer notwendig, unabhängig von dem Ertrag des Unternehmens. Da die Betriebsmittel mehr abgenutzt werden, wenn sie länger gebraucht werden, sind die Abschreibungsbeträge von der jährlichen Betriebsdauer abhängig zu machen, aber die Höhe des Gewinnes hat darauf gar keinen Einfluß. Wenn trotzdem selbst bestgeleitete Werke ihre Abschreibungen in dieser irrigen Weise bestimmen, so muß dafür ein Grund vorliegen. Diesen finden wir in der Schwierigkeit, die Aktionäre von der Notwendigkeit von Rücklagen zu überzeugen. Weil das Verteilen hoher Dividenden für diese mitunter mehr wert ist als die Sicherheit des Unternehmens für die Zukunft, so genehmigen sie hohe Rücklagen nur ungern. Sie können dazu auch nicht beurteilen, wie hoch der Betrag für die Abschreibungen sein muß, weil sie den Betrieb nicht kennen. Außerdem pflegt für die Abschreibungen nur ein Gesamtbetrag ausgeworfen zu sein, der selbst dem, der den Betrieb genau kennt, nichts sagt. Infolgedessen sind die Abschreibungen ein Mittel geworden, um sonstige Rücklagen zu verstecken. Dieses Verfahren führt in hohem Maße zur Unklarheit der Abschlüsse und muß unbedingt verurteilt werden. Ein Abschluß hat nur dann Wert, und die Lage der Fabrik kann nur dann richtig beurteilt werden, wenn jeder Teil der Betriebsanlagen richtig bewertet ist. Man soll von jedem Betriebsgegenstande zu jeder Zeit genau wissen, welchen Wert er hat. Das ist die erste Grundlage für richtige Abschreibungen.

Die richtige Abschreibung besteht darin, daß man in jedem Jahr eine mit der Wertminderung des Betriebsgegenstandes übereinstimmende Summe zurücklegt, derart, daß der ganze Betrag wieder flüssig ist, wenn der Gegenstand unbrauchbar geworden ist. Die Abschreibung muß also gleich dem Unterschiede zwischen dem Buchwerte des vorigen Jahres und dem wirklichen Wert im Augenblick des Abschlusses sein.

Von welchem Standpunkte aus ist aber dieser Wert zu beurteilen, vom objektiven oder subjektiven? Der objektive Wert ist der Handels- oder Marktwert: er wird bestimmt nach Rohstoffpreisen, Höhe der Löhne, Bauart der Maschinen, Mode usw. Der subjektive Wert eines Betriebsgegenstandes ist sein Wert für den Betrieb. Dieser ist schwieriger zu bestimmen. In einer gut geleiteten Fabrik soll jede Maschine wettbewerbfähig sein, d. h., sie soll mit denselben Kosten ebensoviel leisten wie eine demselben Zweck dienende Maschine in derselben oder in einer andern Fabrik.

Zum Drehen einer gleichen Welle gebraucht z. B. die eine Maschinenfabrik eine neue Drehbank, die andere eine alte; nehmen wir an, daß beide gleich groß sind und gleich viel Platz, Kraft, Licht usw. gebrauchen, so daß die Platzkosten dieselben sind, sagen wir 1 M für die Stunde. Die Zeit für das Drehen auf der alten Bank betrage 12 Stunden, während man auf der neuen diese Arbeit mit derselben Genauigkeit in 10 Stunden machen

kann. Wenn beide Dreher 50 Pf Stundenlohn bekommen, stellen sich die Kosten dieser Arbeit, ohne Abschreibungen, für die alte Bank auf 18 M, für die neue auf 15 M. Wenn beide Bänke fortwährend diese Wellen drehen würden, wären sie nur dann gleich wettbewerbfähig, wenn die Abschreibung der alten Bank in 12 Stunden 3 M weniger betragen würde als die der neuen in 10 Stunden. In dieser Weise könnte man den Betriebswert der beiden Maschinen vergleichen.

In Wirklichkeit ist die Frage verwickelter; gewöhnlich hat man keinen Vergleichsmaßstab, und es läßt sich der Wert nur schätzen. Der Betriebswert hängt von der Erzeugungsfähigkeit und den Betriebskosten ab. Nur im Augenblick der Inbetriebsetzung ist der subjektive Wert gleich dem objektiven, sonst ist der letztere meist höher. Der Marktwert gebrauchter Maschinen ist, auch wenn sie so gut wie neu sind, sehr viel niedriger als die Anschaffungskosten. Es gibt aber auch Fälle, in denen der Marktwert höher ist als der subjektive. Man wird oft eine Maschine außer Betrieb setzen, lange ehe sie unbrauchbar ist, weil man mit einer neuen vorteilhafter arbeitet. Eine solche Maschine kann dann aber noch für einen anderen Betrieb, der unter anderen Verhältnissen arbeitet oder sie für andere Zwecke gebraucht, Wert haben. So hat z. B. eine Kraftmaschine, die zu klein geworden ist und durch eine größere ersetzt werden muß, für den Eigentümer nur Altwert, während der Verkaufswert noch einen beträchtlichen Teil des Neuwertes ausmachen kann.

Für die Höhe der Abschreibung ist der Betriebswert maßgebend. Um sie richtig bemessen zu können, muß man die Wertminderung in den vergangenen Jahren kennen. Da es aber praktisch unmöglich ist, jedes Jahr den Wert richtig zu schätzen, muß man mit einer Annäherung zufrieden sein. Bleiben unvorhergesehene Entwertungen außer Betracht, so kann man annehmen, daß die Entwertung regelmäßig verläuft. Bevor wir versuchen, diesen Verlauf zu bestimmen, sind die Ursachen zu untersuchen, durch die der Wert von Betriebsanlagen beeinflusst wird.

Als Ursachen der Entwertung kommen in Frage:

a) Abnutzung.

Die meisten Betriebsmittel sind der Abnutzung unterworfen. Diese fängt im Augenblick der Inbetriebsetzung an; man denke z. B. an die Lager und Führungen von Maschinen, die Bürsten von Motoren usw. Langhans¹⁾ behauptet zwar, daß eine Maschine anfangs durch das Einlaufen immer besser wird, eine Meinung, die wahrscheinlich auf Erfahrungen mit Kraftmaschinen gegründet ist. Diese Erhöhung des Wirkungsgrades dürfte aber bei den heute üblichen genauen Bearbeitungsweisen kaum nennenswert sein, und ferner wird nach dem ersten Einlaufen bald eine Abnutzung eintreten, die nachteilig wirkt, so daß man ruhig diese Verbesserung außer Betracht lassen und annehmen kann, daß die Abnutzung unmittelbar anfängt.

Der Einfluß der Abnutzung ist je nach der Natur der Betriebsgegenstände verschieden; einige werden schon durch geringe Abnutzung eine bedeutende

¹⁾ Annalen des Deutschen Reiches 1903 S. 923 u. f.

Wertminderung erfahren, während andere, wie z. B. Krane, Gleisanlagen, Fördereinrichtungen, sich ohne Schaden für den Betrieb beträchtlich abnutzen dürfen. Transmissionen haben Teile, die sich überhaupt nicht abnutzen, wie Wandkonsolen, Mauerkasten, feste Kupplungen, Riemenscheiben, Hängeböcke usw. Die beweglichen Teile, wie z. B. Lager und Reibkupplungen, lassen sich meist durch einfaches Ausbessern wieder in den Anfangszustand zurückversetzen. Auch die Wertminderung von Gebäuden ist für den Betrieb von geringer Bedeutung. Sie werden, wenn sie richtig in Stand gehalten werden, für den Betrieb am letzten Tage annähernd ebensoviel Wert haben wie am ersten, sofern die Ansprüche dieselben geblieben sind.

Der größte Teil des Anlagekapitals einer Maschinenfabrik ist in der Regel für Werkzeugmaschinen aufgewendet, für die die Abnutzung große Bedeutung hat. Sie ist abhängig von der Bauart, den verwendeten Rohstoffen, der Bearbeitung und davon, ob die Maschinen für den Zweck, zu dem sie gebraucht werden, schwer oder leicht gebaut sind. Von großem Einfluß ist die Beanspruchung der Maschinen. Wenn man sie schont und nur mit kleinen Geschwindigkeiten und Vorschüben arbeitet, wird die Abnutzung geringer sein, als wenn man sie aufs äußerste beansprucht. Bei den hohen Ansprüchen, die gegenwärtig in den meisten Maschinenfabriken an die Genauigkeit der Arbeit gestellt werden, ist der tadellose Zustand der Werkzeugmaschinen von der größten Bedeutung. Leider verliert eine Werkzeugmaschine aber bald ihre ursprüngliche Genauigkeit, und in den meisten Fällen ist die Abnutzung so ungleichmäßig, daß man sie durch Nachstellen nicht wieder völlig ausgleichen kann. Zum Zwecke der Ausbesserung müssen vielmehr einzelne Teile erneuert oder neu zugerichtet werden, und die Kosten können hierbei wohl so groß werden, daß man für einen verhältnismäßig kleinen Mehrbetrag eine neue Maschine kaufen kann. Selbst Werkzeugmaschinenfabriken nehmen fast nie solche Ausbesserungen vor.

Werkzeuge wie Feilen, Schneideisen, Bohrer, Reibahlen usw. nutzen sich dermaßen schnell ab, daß dafür der Einfluß der unten behandelten Entwertungsursachen vernachlässigt werden kann. Auch Holzmodelle verlieren bei öfterem Gebrauch schnell ihren Wert.

b) Veralten.

Die meisten Maschinen erfahren eine Wertminderung, auch wenn sie nicht gebraucht werden, sie veralten.

Wenn man eine neue Maschine einige Jahre stillstehen läßt, wird sie gar nicht abgenutzt, sie kann genau dasselbe leisten wie im Augenblick der Anschaffung. Ihr subjektiver Wert wird trotzdem kleiner geworden sein. Die Technik ist inzwischen fortgeschritten, die Fabrik, die die Maschinen anfertigt, hat ihre Einrichtungen verbessert oder sich auf den Bau weniger Typen beschränkt, so daß sie dieselbe Maschine billiger verkaufen kann. Noch wahrscheinlicher ist es, daß die neuen Maschinen auch besser durchgebildet, ausgeführt und mit Neuerungen versehen sind, so daß man nach einigen Jahren für weniger Geld eine bessere Maschine erhalten kann. Hierdurch wird natürlich der Wert der alten herabgemindert. Dieselbe Wertminderung tritt auch ein, wenn die Betriebsgegenstände benutzt werden.

c) Neue Erfindungen.

Die Wertminderung durch Veralten ist eine Folge der stetigen Entwicklung der Technik. Man kann sie gewissermaßen voraussehen, während neue Erfindungen plötzlich eine große Bedeutung gewinnen können.

Eine solche Umwälzung hat z. B. die Erfindung des Schnellstahles verursacht. Als Taylor und White auf der Weltausstellung in Paris 1900 ihren Stahl vorführten, eröffnete sich plötzlich für jeden Fabrikanten die Möglichkeit, seine Erzeugung beträchtlich zu erhöhen. Das ging aber nicht ohne weiteres; die größeren Schnittgeschwindigkeiten und Vorschübe forderten größere Kräfte, die Bauart der alten Bänke war zu leicht, um diese aufzunehmen, die Geschwindigkeiten der Maschinen reichten nicht aus, die Riemen und Transmissionen konnten die Kräfte nicht übertragen usw.

Viele Fabriken haben damals versucht, durch Vergrößern der Geschwindigkeiten der Vorgelege, durch Verändern der Stufenscheiben, die weniger Stufen für breitere Riemen erhielten, den Schnellstahl auszunutzen; aber die Maschinen waren zu schwach, so daß man statt höherer Leistung schlechtere Arbeit erzielte und Brüche, Betriebsstörungen und Ausbesserungen in den Kauf nehmen mußte. Die alten Bänke mußten weggeräumt werden, lange bevor ihre geschätzte Lebensdauer abgelaufen war.

Ähnliche Fälle kommen namentlich in Industriezweigen, die sich schnell entwickeln, öfter vor. So gab es z. B. in der Textilindustrie eine Zeitspanne, in der die Werkzeuge durch Erfindungen so schnell und so bedeutend verbessert wurden, daß viele Betriebe ihre alten Maschinen nach zwei oder drei Jahren fortschaffen und neue kaufen mußten, um den Wettbewerb mit neueren Fabriken durchführen zu können. Auch die Elektrotechnik ist reich an Erfindungen gewesen; elektrische Kraftwerke, Straßenbahnen und dergl. haben oft ihre Einrichtungen erneuern müssen, auch wenn sie noch lange nicht abgenutzt waren.

Bei den meisten Erfindungen dauert es aber längere Zeit, bis sie praktisch durchgebildet sind, so daß man gewöhnlich genügend Zeit hat, seine alten Maschinen ruhig abzunutzen, ohne daß sie weniger wettbewerbfähig sind. In diesem Falle nähert sich die Wirkung neuer Erfindungen der durch Fortschreiten der Technik hervorgerufenen.

d) Altern.

Alle Fabrikanlagen erfahren eine Wertminderung, die von der Zeit abhängig ist. Die Gebäude sind immer dem Einfluß der Witterung unterworfen, auch wenn darin nicht gearbeitet wird; der Baustoff der Eisenteile, die Isolierung elektrischer Leitungen und Motoren, Akkumulatorenanlagen usw. erleiden unabhängig von der Benutzung eine Wertminderung.

e) Änderungen im Betrieb, im Erzeugnis und in der Arbeitsweise, Ungeeignetwerden für den Betrieb.

Fälle dieser Art sind sehr zahlreich. Es kann z. B. für einen Betrieb vorteilhafter werden, den elektrischen Strom von einem Kraftwerk zu beziehen, statt ihn selbst zu erzeugen; oder eine Fabrik, die bisher niedriggespannten Gleichstrom benutzte, geht zu hochgespanntem Drehstrom über, wodurch im

ersten Fall die ganze Kraftanlage, im zweiten alle Gleichstrommotoren, die Leistungen, die Lichtanlagen ihren Betriebswert verlieren.

Änderungen des Erzeugnisses veranlassen fast immer Wertminderungen, am stärksten natürlich in Fabriken, die Massenerzeugnisse herstellen, wo vielleicht teure Sondermaschinen und -einrichtungen unbrauchbar werden. Aber auch im allgemeinen Maschinenbau vermindert die Änderung der Bauart eines normalen Fabrikates oft bedeutende Werte: Zeichnungen, Modelle, Sonderwerkzeuge, Vorrichtungen für die Bearbeitung, die infolge der Änderung nicht mehr benutzt werden können, verlieren auf einmal ihren Wert. Dies trifft natürlich in erhöhtem Maße zu, wenn die Herstellung eines Erzeugnisses ganz eingestellt wird.

Wichtig ist auch das Ungeeignetwerden für den Betrieb. Wir nennen einige Beispiele von Entwertungen, die diese Ursachen haben: Gebäude, die ihrem Zweck nicht mehr dienen können, weil sie zu klein werden, oder deren Tragfähigkeit nicht mehr ausreicht, wenn größere Krane und schwere Maschinen notwendig werden; ganze Fabrikanlagen, die nicht am Wasserwege oder an der Eisenbahn liegen, oder sich nicht ausbreiten können, und deren Verlegung notwendig wird; Gleisanlagen, die nicht stark genug sind, um einen neuen Fahrkran zu tragen, und die durch schwerere ersetzt werden müssen, obwohl die alten sonst noch brauchbar sind; alte Brücken, die den immer schwerer werdenden Lasten oder dem stetig wachsenden Verkehr nicht mehr genügen; Dampfmaschinen, die für den vergrößerten Betrieb nicht mehr ausreichen und durch größere Einheiten oder durch andere Kraftmaschinen ersetzt werden müssen.

f) Brüche.

g) Mode oder Liebhabereien.

h) Unsachgemäße Benutzung.

i) Höhere Gewalt, z. B. Feuer, Wasser, Blitz, Frost, Krieg usw.

Der Einfluß, den jede dieser Ursachen auf die Entwertung eines Betriebsgegenstandes ausübt, hängt von den Verhältnissen ab, und da man die Wirkung der verschiedenen Ursachen im voraus mit Gewißheit nicht bestimmen kann, ist die Beurteilung zum größten Teil Sache persönlicher Ansicht. Man wird den Wertverlauf um so genauer abschätzen können, je besser man den Betrieb, seine Entwicklung, seine Zukunft und die Fortschritte der Technik beurteilen kann. Es braucht daher kaum noch darauf hingewiesen zu werden, wie falsch das übliche Verfahren ist, die Abschreibungssätze einem Ingenieurkalender zu entnehmen. In diesen sind oft große Gruppen von Betriebsgegenständen, die unter sich die größten Unterschiede aufweisen, zusammengekommen, und für diese ist ein gemeinsamer Vornhundertatz ohne Berücksichtigung von Bauart, Rohstoff oder Beschaffenheit angegeben.

Mehr Wert haben Statistiken, wie sie die Dampfkesseluntersuchungsvereine seit Jahren veröffentlichen; es wäre sehr erwünscht, auch auf anderen Gebieten solche Angaben zu haben. Man ersieht aus diesen Statistiken, daß selbst gleichartige Kessel sehr verschiedene Lebensdauer haben, so daß auch hier der Einfluß der besonderen Umstände deutlich hervortritt.

In Abb. 1 ist versucht, den Einfluß darzustellen, den die genannten Wertminderungsursachen bei verschiedenen Arten von Betriebsgegenständen haben

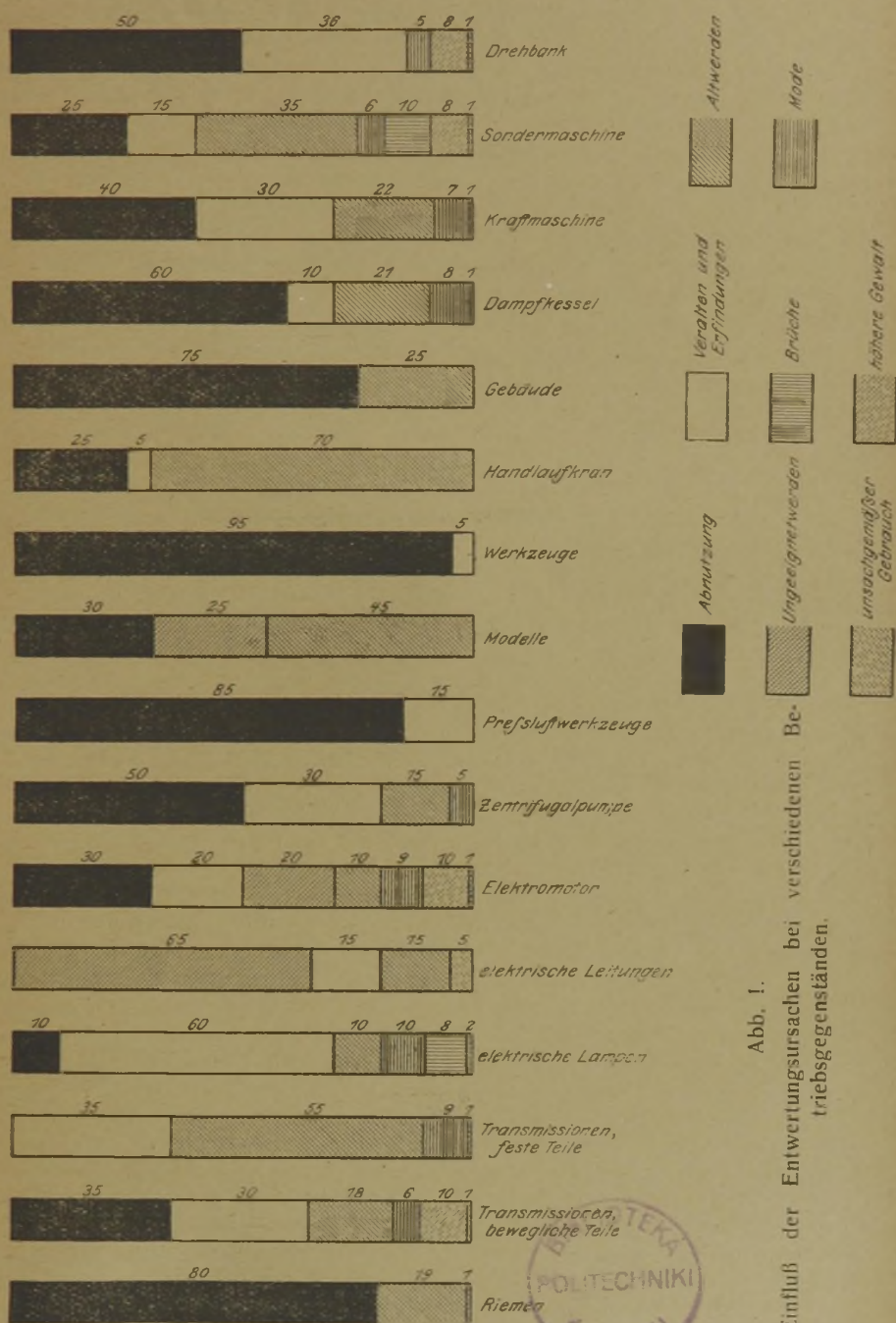
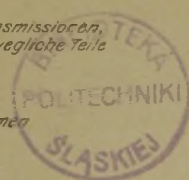


Abb. 1.
Einfluß der Entwertungsursachen bei
triebsgegenständen.



können. Die Darstellungen geben an, wie etwa der Betriebsleiter einer Fabrik, die unter bestimmten Verhältnissen arbeitet, den wahrscheinlichen Einfluß dieser Ursachen für seine Anlagen abschätzen würde. Für eine andere Fabrik oder für andere Betriebsgegenstände in derselben Fabrik kann das Ergebnis ein ganz anderes sein.

Für die Lebensdauer eines Betriebsgegenstandes sind die Instandhaltungsarbeiten von großer Bedeutung. Eine Maschine, die gut in Stand gehalten wird, und bei der kleine Fehler und Abnutzungen sofort ausgebessert werden, wird länger brauchbar bleiben als eine, die man ohne Ausbesserung so lange gebraucht, bis sie den Dienst versagt. Abschreibungen und Wiederherstellungskosten stehen deshalb in engem Zusammenhang. Um die Höhe der Abschreibungen bemessen zu können, muß man wissen, wie der betreffende Betrieb seine Maschinen unterhält. Gewöhnlich wird die Lebensdauer geschätzt in der Voraussetzung, daß die Anlagen so gut wie möglich in Stand gehalten werden. Die Instandhaltungskosten darf man nicht von den Abschreibungen abziehen.

Wie müssen aber Erneuerungen bewertet werden, und wo ist die Grenze zwischen diesen und den Instandhaltungen? Wenn man eine Dampfmaschine nach einigen Betriebsjahren gründlich ausbessert, die Zylinder ausbohrt, neue Kolben einsetzt, die Lager mit neuen Schalen versieht usw., wird die Maschine besser, als sie vor dieser Zeit war, und ihre Lebensdauer wird verlängert. Sind diese Ausbesserungen als Wertvermehrung zu rechnen? In der Tat kann auch hier der Buchwert erhöht werden. Man sollte aber im voraus bei der Festsetzung der Abschreibungssätze festlegen, was unter Ausbesserungen zu verstehen ist, und welche Erneuerungen gegebenenfalls als Ausbesserungen, welche als Wertvermehrungen anzusehen sind. Beim Bestimmen der letzteren wird man fast nie den ganzen Betrag der Erneuerungskosten dem Buchwert zuschreiben können. Wenn man z. B. die Erneuerung der Schalen von Transmissionslagern als Wertvermehrung ansieht, wird man doch nicht den vollen Wert der Schalen hinzuschreiben können, obwohl die Lager durch diese Ausbesserung wieder so gut werden, wie sie zur Zeit der Anschaffung waren. Es können nämlich inzwischen andere Lager auf den Markt gekommen sein, die besser sind und weniger Kraft und Schmiermittel gebrauchen, oder man hat damit zu rechnen, daß die Transmission in absehbarer Zeit umgeändert werden muß usw., so daß ihre weitere Lebensdauer kürzer einzuschätzen ist als bei der Anschaffung. Als Erhöhung des Betriebswertes kann somit nur ein Teil der Erneuerungskosten angerechnet werden. Mit Ausnahme solcher als Wertvermehrung anzusehenden Erneuerungen sind die Instandhaltungskosten zu den Betriebsunkosten zu rechnen.

Die Kosten der Instandhaltungsarbeiten sind aber nicht nur dem Jahr zur Last zu legen, in dem sie ausgeführt wurden, sondern auch den vorangegangenen Jahren. Es ist deshalb gerechtfertigt, sie auch von diesen Jahren mittragen zu lassen. Diese Frage ist von West⁵⁾ ausführlich behandelt worden. West legt ein Erneuerungskonto an, dem er jährlich für jeden Betriebsgegenstand eine bestimmte Summe überweist, um damit später

⁵⁾ T. u. W. 1910 S. 331.

notwendig werdende Instandhaltungsarbeiten zu bezahlen. Er hat dabei für die ganze Betriebsanlage nur ein Konto, so daß es leicht möglich ist, daß die Kosten der Instandhaltung einer Maschine, die zu niedrig geschätzt wurden, von anderen mitgetragen werden müssen, die weniger Ausbesserungen nötig haben, als man angenommen hatte. Die Unkosten für die Maschinenbetriebsstunde würden hierbei für die erstere zu niedrig, für die letzteren zu hoch angesetzt werden. Auch deshalb, weil man die Ausbesserungskosten kennen muß, um die Wirtschaftlichkeit eines Betriebsgegenstandes beurteilen zu können, ist es besser, sie für jeden derselben auf ein besonderes Konto zu buchen. Man kann dann auch sehen, ob der geschätzte jährliche Betrag genügt oder nicht.

(Fortsetzung folgt.)

DER TARIFVERTRAG IN RECHTLICHER BEZIEHUNG¹⁾.

Von Landgerichtsrat NEMNICH, Köln.

Über den Tarifvertrag in wirtschaftlicher Beziehung hat bereits Professor Schilling, Breslau, im Oktoberheft 1915 dieser Monatsschrift²⁾ eine Abhandlung geschrieben. Der heutige Aufsatz soll zum Gegenstand die rechtliche Seite eines solchen Vertrages haben. Dem Raume der Zeitschrift entsprechend kann er hiervon keine erschöpfende Darstellung geben, muß sich vielmehr in der Hauptsache auf Fragen beschränken, die von besonderer Wichtigkeit sind.

A. Der Tarifvertrag nach dem heute geltenden Recht.

1. Der Tarifvertrag ist ein Vertrag, der von einem Arbeitgeber oder von einer Vereinigung von Arbeitgebern einerseits und von einer Vereinigung von Arbeitern andererseits über die Lohn- und Arbeitsbedingungen künftiger Einzelarbeitsverträge ihrer Mitglieder abgeschlossen wird. Er wird „Tarifvertrag“ genannt, weil in den meisten Fällen ein Lohn- und Gehaltstarif den wichtigsten Inhalt bildet. Er ist ein eigenartiger Vertrag, der im Bürgerlichen Gesetzbuch keine besondere Aufnahme gefunden hat, aber doch Geltung hat, soweit sein Inhalt nicht gegen das Gesetz selbst, insbesondere gegen die guten Sitten im Sinne des § 138 BGB verstößt. Es kommen für ihn die allgemeinen Vorschriften des BGB über Geschäftsfähigkeit, Willenserklärung, Vertrag usw. zur Anwendung. Sein Inhalt besteht in der Hauptsache darin, daß die beteiligten Arbeitgeber sich verpflichten, gewisse oder alle Arbeiter eines bestimmten Gewerbezweiges nur unter den in dem Tarifvertrag festgelegten Bedingungen zu beschäftigen, wogegen die beteiligten Arbeitervereinigungen versprechen, ihre Mitglieder nur zu diesen Bedingungen arbeiten zu lassen. Es wird auf diese Weise der eigentliche Zweck des Tarifvertrages erreicht, die „Arbeitsbedingungen im Gewerbe nach Möglichkeit einheitlich zu ge-

¹⁾ Landmann, Gewerbe-Ordnung 6. Aufl. II S. 233 u. f., Rohrscheidt, Gewerbe-Ordnung 2. Aufl. II S. 133 u. f., Stenglein, Strafr. Nebengesetze des deutschen Reiches 4. Aufl. S. 307.

²⁾ Vergl. T. u. W. 1915 S. 385 u. f.

stalten und zugleich zur Verminderung der Lohnkämpfe und Sicherung einer tunlichsten Stetigkeit im Wirtschaftsleben beizutragen“. Wird der Vertrag von einer Partei verletzt, so hat die andere Partei Anspruch auf Erfüllung oder auf Schadenersatz. Der Vertrag selbst endet mit Ablauf der darin festgesetzten Zeitdauer.

In der Regel lassen die Tarifverträge die Möglichkeit eines nachträglichen Beitrittes auch anderer Arbeiter zu. Ein solcher Beitritt braucht zwar nicht ausdrücklich erklärt zu werden, erfolgt aber auch nicht ohne weiteres dadurch, daß der Arbeiter in den Dienst eines durch Tarifvertrag verpflichteten Arbeitgebers eintritt oder den Arbeitsnachweis der Tarifgemeinschaft sich zunutze macht; ebensowenig dadurch, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter bei seiner Einstellung eröffnet, er werde ihn als Arbeiter desjenigen Gewerbebezuges verwenden, für den der Tarifvertrag besteht. Jedenfalls können aber unter gewissen Umständen, wenn abweichende Vereinbarungen nicht getroffen werden, die in dem Tarifvertrage festgelegten Bedingungen auch ohne besondere Abrede Geltung erlangen, dann nämlich, wenn sie regelmäßig und ortsüblich geworden sind.

II. Über die Frage der Rechtswirksamkeit von Tarifverträgen herrschte früher lebhafter Streit. Insbesondere hatte das Reichsgericht in früheren Entscheidungen den Standpunkt eingenommen, daß eine auf Grund eines solchen Vertrages gebildete Tarifgemeinschaft eine Koalition im Sinne der §§ 152, 153 der Gewerbe-Ordnung sei.

§ 152 G.-O. bestimmt:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.

Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.“

§ 153 lautet:

„Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird . . . bestraft . . .“

Während § 152 die Freiheit der Koalition sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter schützt, soll § 153 gegenüber dieser Freiheit der Vereinigung der Freiheit der Willensentschließung des Einzelnen Schutz gewähren.

Die Auffassung des Reichsgerichtes erregte damals großes Aufsehen in den beteiligten Kreisen. Sie wurde vielfach in der Wissenschaft bekämpft, auch von der Rechtsprechung nur teilweise gebilligt, insbesondere auch im Deutschen Reichstage scharf angegriffen. Nachdem dann das Reichsgericht in späteren Urteilen eine wenn auch nicht klare, so doch freundlichere Stellung zum Tarifvertrage eingenommen hatte, änderte es schließlich seine Ansicht

grundsätzlich und erklärte die Tarifverträge als solche für rechts wirksam. Es wird in dem überaus wichtigen Urteile dieses höchsten Gerichtshofes vom 20. Januar 1910 — abgedruckt in den Entscheidungen des Gerichtes in Zivilsachen Band 73 Seite 92 u. f. — u. a. folgendes ausgeführt:

„Wenn im § 152 Abs. 1 G.-O. durch Aufhebung aller entgegenstehenden Verbote bestimmt worden ist, es solle im Gebiete des Gewerberechtes sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern erlaubt sein, sich zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen zusammen zu tun, um gemeinsam ihre Wünsche betreffs dieser Bedingungen durchzusetzen, und wenn weiter zugelassen worden ist, daß jeder Teil, um den Widerstand der Gegenpartei zu überwinden, auch die im Schlußsatze des Abs. 1 gekennzeichneten Kampfmittel anwenden dürfe, so haben diese Vorschriften überall nur die Frage zum Gegenstande, in welcher Weise beim Widerstreit der gegenseitigen Interessen der Kampf geführt werden darf. Danach kann auch die Vorschrift in Abs. 2 nur auf Vereinigungen, die zum Zwecke des Kampfes geschlossen, auf Verabredungen, die über den Kampf und seine Führung getroffen sind, bezogen werden. Ein Tarifvertrag ist aber an sich kein Kampfmittel. Der Abschluß des Tarifvertrages stellt vielmehr, wenn ihm ein Kampf vorausgegangen ist, entweder selbst das Ziel, das durch diesen erreicht werden sollte, dar, oder ist doch dessen Ergebnis, ganz ebenso, wie dann, wenn eine Partei in dem Streite völlig unterlegen ist, ihre Unterwerfung unter die Forderungen des obsiegenden Teiles keine dessen Bekämpfung bezweckende Maßnahme, sondern der den Kampf beendende Friedensschluß ist. Kommt aber der Tarifvertrag zustande, ohne daß bereits zur Brechung des vom Gegner geleisteten Widerstandes bestimmte Maßregeln ergriffen worden waren, so ist der Vertrag ein Akt, der zur Abwendung des Kampfes vorgenommen wird.

Der Meinung, daß auf die Tarifverträge die Bestimmung in § 152 Abs. 2 G.-O. Anwendung zu finden habe, steht übrigens auch die Erwägung entgegen, daß es nicht als Absicht des Gesetzgebers angesehen werden kann, Einigungen zwischen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen durch Versagung jedes Rechtsschutzes für die hierauf abzielenden Vereinbarungen zu entwerten und damit mittelbar zu verhindern. Auch sonst liegt kein Grund vor, solchen Vereinbarungen, abweichend von den allgemeinen über die Klagbarkeit der Verträge bestehenden Rechtsgrundsätzen, diese abzusprechen.“

Durch diese Entscheidung des Reichsgerichtes war die volkswirtschaftlich so bedeutsame Frage nunmehr von dem höchsten Gerichtshofe zugunsten der Tarifgemeinschaften beantwortet.

III. Die Tarifgemeinschaften selbst sind nach Auffassung des Reichsgerichtes „nicht rechtsfähige Vereine“. Als Wesen eines solchen Vereines bezeichnet dieser Gerichtshof in feststehender Rechtsprechung die dauernde Verbindung einer größeren Anzahl von Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, den Gesamtnamen, die korporative Organisation und den Wechsel des Mitgliederbestandes, der naturgemäß, nicht vermöge besonderen Ausnahmerechts erfolgt. Alle diese Merkmale liegen zweifellos bei der Tarifgemeinschaft vor. Insbesondere ist dem in der Regel mit einer

solchen Gemeinschaft verbundenen Ausschuß und Tarifamt eine korporative Organisation gegeben.

B. Zur Frage eines Tarifvertragesgesetzes.

Eine weitere Frage, die in den letzten Jahren Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen ist, betrifft die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages als solchen. Auch die Reichsregierung ist dieser Frage nähergetreten. In der Sitzung des Reichstages vom 20. Januar 1914³⁾ gab der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück Bescheid über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages und stellte die Vorlage einer Denkschrift im Reichstage in Aussicht. Er hob hervor, daß Voraussetzung einer solchen Regelung die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei, und daß diese Frage zurzeit alle Kulturstaaen der Welt beschäftige, noch keiner sie aber habe lösen können. Allerdings fehlt es auch nicht an Gegnern⁴⁾, die von einer solchen gesetzlichen Regelung deshalb nichts wissen wollen, weil bei dem derzeitigen Stande der Rechtsprechung ein Bedürfnis hierzu nicht vorliege und es bedenklich erscheine, in einen wirtschaftlichen Prozeß von der Bedeutung des Tarifvertrages ohne zwingende Not einzugreifen.

1. Bereits im Jahre 1908 hat der Deutsche Juristentag⁵⁾ über die Frage „Empfiehlt sich eine gesetzliche Regelung des Arbeits-tarifvertrages?“ eingehend verhandelt. Mit dieser Frage hatten sich allein vier Gutachten beschäftigt. Der Juristentag selbst beschloß, eine gesetzliche Regelung unter Beachtung folgender Richtlinien zu empfehlen:

- a) Jeder öffentlich rechtliche Zwang ist zu vermeiden.
- b) Es ist volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Verträge zu wahren.
- c) Es ist die Möglichkeit zu eröffnen, die Verträge bei dem Gewerbe-gericht öffentlich zu registrieren.
- d) Es ist festzusetzen, daß die Verträge unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem Geltungsbereich abgeschlossenen Arbeitsverträge haben.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

a) Die Gründe, die gegen einen öffentlich rechtlichen Zwang sprechen, sind von Regierungsassessor Dr. Posse⁶⁾ in durchaus zutreffender Weise dahin zusammengefaßt:

„Trotz aller Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages findet sich sowohl bei den Vertretern der Wissenschaft wie in den Parteien des Reichstages, die dort die Frage angeschnitten haben, eine wertvolle Übereinstimmung dahin, daß ein Eingreifen der Behörde auf dem Wege des öffentlichen Rechtes in das Gebiet des Tarifvertrages und jeder Zwang für Arbeitgeber oder Arbeiter zum Abschluß eines solchen Vertrages nach australischem Muster in Deutschland unter allen Umständen vermieden werden muß — ein Standpunkt,

³⁾ Hachenberg, Deutsche Jur.-Ztg. 1914 S. 214.

⁴⁾ Hachenberg, ebenda 1912 S. 1334.

⁵⁾ Verhandl. des Deutschen Juristentages 29 Bd. 2 S. 201, Bd. 3 S. 187, Bd. 4 S. 3 u. 83, Bd. 5 S. 826 u. f.

⁶⁾ Köln. Ztg. vom 4. März 1914 Nr. 245.

den auch die verbündeten Regierungen stets eingenommen haben. In der Großindustrie, der elektrischen und Maschinenindustrie, den chemischen und Textilbetrieben, dem Bergbau und dem Hüttenwesen stößt die Aufstellung allgemeiner Arbeitsbedingungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten, zumal bei Zeitlohnтарifen, weil der notwendigerweise nach einem Muster gearbeitete Tarifvertrag bei der Erfassung der verwickelten Arbeitsvorgänge, die ständig der Veränderung unterworfen sind, versagen muß. Besonders bei einer Mehrheit von Betrieben, die untereinander Verschiedenheiten in der Art der Warengewinnung und der Beschaffenheit der Erzeugnisse aufweisen, ist die Festlegung gemeinschaftlicher Arbeitsbestimmungen undurchführbar. Nicht nur wegen dieser Hindernisse wehrt sich die Großindustrie mit allen Kräften gegen den Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen; abgesehen von einigen anderen volks- und privatwirtschaftlichen Bedenken, befürchtet sie, vielleicht nicht zu Unrecht, daß der Tarifvertrag anders als in örtlich beschränkten, monopolartig beherrschten Gewerben und bei einfachen Betriebsvorgängen sich in der einzig auf Maschinenkraft und schwierige Maschinenarbeit angewiesenen Industrie als Schraube ohne Ende zum Schaden der Wettbewerbsfähigkeit darstellen würde; spätestens bei Ablauf des Vertrages, meistens schon früher, würden höhere Forderungen erhoben, und der Wert des Tarifvertrages als Friedens- oder Waffenstillstandsurkunde träte vollständig zurück.“

Bei einer privatrechtlichen Regelung des Tarifvertrages fallen diese unangenehmen Nebenerscheinungen ohne weiteres fort.

b) Um volle Freiheit der Abschließung und Durchführung der Tarifverträge zu erlangen, wird der Vorschlag gemacht, die Anwendung der §§ 152, 153 G.-O. grundsätzlich auszuschließen. Wenn dieser Vorschlag durch die jetzige Rechtsprechung des Reichsgerichtes vielleicht seine innere Berechtigung verloren hat, so verdient er doch aus praktischen Erwägungen bei einer gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages Berücksichtigung, um für die Zukunft allen Zweifeln an der Rechtsgültigkeit solcher Verträge zu begegnen.

c) Auch der Gedanke der öffentlichen Registrierung von Tarifverträgen bei den Gewerbegerichten hat in den beteiligten Kreisen lebhaften Anklang gefunden. Es werden auf diesem Wege etwaige im Einzelfalle entstehende Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Wirksamkeit des Vertrages ein für allemal aus der Welt geschafft. Es wird auch dadurch — wie der Berichterstatter des Deutschen Juristentages in der Plenarsitzung vom 12. September 1908 zum Ausdruck gebracht hat — gleichsam eine „öffentlich-rechtliche Veredelung“ der Tarifverträge vorgenommen, indem die durch Hinterlegung bei dem Gewerbegericht legitimierten Verträge ein erhöhtes Ansehen genießen. Dazu kommt, daß bei gesetzlich vorgeschriebener Registrierung auch auf eine sorgfältige Fassung der Tarifverträge größeres Gewicht gelegt werden wird, was vom Standpunkte der Beteiligten wünschenswert ist.

d) Endlich müßten die öffentlich hinterlegten Tarifverträge unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem räumlichen und zeitlichen Geltungsbereich abgeschlossenen Einzelarbeitsverträge haben. Der Tarifvertrag bereitet die Einzelarbeitsverträge zwar vor, bei dem Abschluß des

einzelnen Arbeitsvertrages genießen aber die Parteien Vertragsfreiheit (§ 105 G.-O.)⁷⁾. Sie sind in der Lage, das im Tarifvertrag Vereinbarte ganz oder teilweise wieder aufzuheben. Diese sog. „Abdingbarkeit“ müßte durch das neue Gesetz ausgeschlossen werden. Es entspricht dies einem Wunsche, der aus der Praxis der Tarifverträge geäußert wird, und einem fast einstimmigen Rufe der Wissenschaft, die sich mit diesem Stoffe beschäftigt hat.

II. In dem neuen Gesetze müßten, wie Posse richtig vorschlägt, auch Bestimmungen über die Dauer der Tarifverträge und ihre Kündigung, über die Entscheidung streitiger Fragen durch das zuständige Gewerbegericht oder Tarifschiedsgericht, über die Haftung aus dem Tarifvertrage usw. Aufnahme finden.

Was insbesondere die Haftung der Tarifgemeinschaften anlangt, so würden sie, wenn ihnen die Rechtsfähigkeit verliehen würde, die Stellung rechtsfähiger Vereine erhalten, auf die die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anwendung kämen. Sie würden Subjekt der im Gesetz anerkannten Rechte und Verpflichtungen sein. Sie hätten im Zivilprozeß die aktive Parteifähigkeit, die ihnen heute noch fehlt. Ihr Vorstand hätte die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Seine Willenserklärungen würden unmittelbar für und gegen die Tarifgemeinschaft wirken. Soweit er in Ausübung seiner Vertretungsmacht einem dritten durch eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung Schaden zufügte, würde die Tarifgemeinschaft haften. Ihre Haftung bestünde aber nicht nur für unerlaubte Handlungen, sondern auch für alle Rechtsgeschäfte, sofern nur der Vorstand innerhalb des ihm zustehenden Geschäftskreises gehandelt haben würde. Heute haftet dagegen noch das einzelne Mitglied der Tarifgemeinschaft, falls seine persönliche Haftbarkeit nicht in zulässiger Weise auf das Vereinsvermögen beschränkt ist, mit seinem eigenen Vermögen. Schon aus diesem Grunde würden sich bei Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Tarifgemeinschaften ihre Mitglieder, die nunmehr mit ihrem Vereinsvermögen allein in Anspruch genommen werden könnten, wesentlich besser stehen.

„Gelingt es,“ — wie Posse am Schlusse seines Aufsatzes sagt — „ein den Bedürfnissen aller beteiligten Kreise gerecht werdendes Gesetz über den Tarifvertrag zu erreichen, so bedeutet diese Errungenschaft einen großen Schritt vorwärts, um die Kampfesmittel des Ausstandes und der Aussperrung mit ihren gefährlichen Folgen zu vermeiden. Insofern ist das rein privatrechtliche Tarifvertragsgesetz auch ein ausnehmend politisches Werk.“

III. Die Regierung, die dem Reichstage die Vorlage einer Denkschrift über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages in Aussicht gestellt hat, wird schon — das läßt sich annehmen — der Schwierigkeiten Herr werden, die einer solchen Regelung nach der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück in der Reichstagssitzung vom 20. Januar 1908 entgegenstehen. Delbrück hat damals selbst gesagt: „das freie Spiel der Kräfte ist weder der

⁷⁾ § 105 G.-O.: Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier **Übereinkunft**.

Theorie noch der Praxis nach wirksam in der Entwicklung unseres gesamten Wirtschaftslebens. An die Stelle des freien Spieles der Kräfte ist als bewegender Faktor der bewußte Wille der Organisation getreten“. Die Regierung⁸⁾ verkennt auch selbst gerade während des gegenwärtigen Krieges nicht die sozialpolitische Bedeutung der Tarifverträge und sucht die wirtschaftliche Not durch Benutzung der Tarifidee abzuwenden oder wenigstens zu mildern. Insbesondere haben die militärischen Behörden nicht nur dafür Sorge getragen, daß bestehende Tarifverträge aufrechterhalten und abgelaufene erneuert wurden, sondern auch ohne besondere Schwierigkeiten es in vielen Fällen erreicht, daß die zwischen den Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeiter durch Tarifvertrag festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an die Stelle des Einzelarbeitsvertrages traten. In gleicher Weise sind die staatlichen Behörden in ihren eigenen Betrieben vorgegangen. Ausdrücklich wurde gelegentlich von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes erklärt, daß keinem Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu einem Verbands Schwierigkeiten gemacht werden dürfen, und es wurden hierbei die Verbände selbst als „musterhaft geführt“ bezeichnet.

Und so mag denn auch der Krieg, „nachdem er der Welt offenbart hat, was eiserne Disziplin, festgegliederte Organisation, höchstentwickelte Sozialmoral und unbeugsame Solidarität auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland zu leisten vermögen“⁹⁾, das seinige dazu beitragen, daß nach seiner Beendigung der Tarifvertrag in einer Weise gesetzlich geregelt wird, die seiner sozialpolitischen Bedeutung entspricht.

⁸⁾ Heinemann, Deutsch. Jur.-Ztg. 1915 S. 45 u. f.

⁹⁾ Heinemann a. a. O.

DIE KOSTEN DER UMLADUNG VON MASSENGÜTERN¹⁾).

Von ALBERT PIETRKOWSKI.

(Schluß von S. 222)

Umladebeispiel VI.

Schiffsentladung durch fahrbaren Drehkran, Umladung in Elektrohängebahn und Ablagerung in einem Schuppen von ungefähr 100 m Länge unmittelbar am Ufer.

Das Gut im Schiff wird durch den Greifer (Abb. 6) aufgenommen und durch einen Trichter in die Wagen der Elektrohängebahn entleert. Diese Wagen fahren auf einer Gleisschleife durch den ganzen Schuppen und stürzen das Gut selbsttätig an beliebigen Stellen ab.

Stündliche Leistung: 60 t Kohle

Jahresleistung: 144 000 t „

Anlagekosten⁵⁾:

Maschinelle Teile und	
Gründungsbauten	140 000,00 M

Betriebskosten:

Stromverbrauch	7 500,00 M
Ersatzteile und Instandhaltung	4 000,00 „
Schmierung und Hilfsstoffe	450,00 „
Bedienung: 1 Maschinist . .	1 500,00 „
3 Hilfsarbeiter	3 000,00 „

 16 450,00 M

12 vH Tilgung und Verzinsung	16 800,00 „
------------------------------	-------------

 33 250,00 M

Bei Erzverladung mit Kübel statt Greifer
kommen zu den Betriebskosten hinzu:

14 Mann zu 1200 M . . .	16 800,00 M
-------------------------	-------------

 im ganzen 50 050,00 M

Umladekosten für 1 t Kohle	0,23 M
----------------------------	--------

„ „ 1 t Erz	0,347 „
-------------	---------

„ „ 1 t Koks	0,306 „
--------------	---------

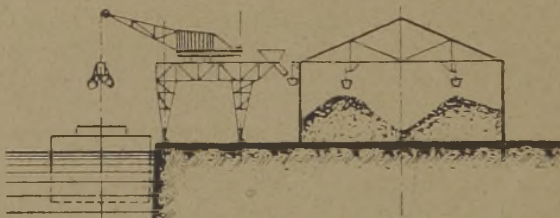


Abb. 6. Schiffsentladung durch fahrbaren Drehkran mit Übertragung
auf eine Elektrohängebahn.

Umladebeispiel VII.

Schiffsentladung durch Drehkran, Umladung in Elektro-
hängebahn und Ablagerung in einem 100 m langen vom
Ufer ungefähr 100 m entfernten Schuppen.

Die Anlage gleicht der von Beispiel VI; nur ist der Schuppen um etwa
100 m nach rechts gerückt, wobei Schuppen und Kran durch ein einfaches
Gleis verbunden sind, auf dem die Wagen der Elektrohängebahn von ihrer
Füllstelle bis zum Schuppen laufen.

Stündliche Leistung: 60 t Kohle

Jahresleistung: 144 000 t „

Anlagekosten⁵⁾:

Maschinelle Teile und	
Gründungsbauten	210 000,00 M

⁵⁾ ohne Schuppen.

Betriebskosten:

Stromverbrauch	8 600,00 M
Ersatzteile und Instandhaltung	4 000,00 „
Schmierung und Hilfsstoffe	450,00 „
Bedienung: 1 Kranführer . . .	1 500,00 „
3 Hilfsarbeiter	3 000,00 „
	<hr/>
	17 550,00 M
12 vH Tilgung und Verzinsung	25 200,00 „
	<hr/>
	42 750,00 M

Bei Erzverladung kommen zu den Betriebskosten hinzu:

14 Mann zu 1200 M	16 800,00 M
	<hr/>
im ganzen	59 550,00 M
Umladekosten für 1 t Kohle	0,29 M
„ „ 1 t Erz	0,41 „
„ „ 1 t Koks	0,38 „

Die Beispiele VI und VII zeigen, daß es in vielen Fällen günstig ist, die mechanische Anlage aus zwei verschiedenartigen Teilen zusammenzusetzen, indem man dem einen Teil die Hubarbeit und dem andern die Wagerichtungsbewegung zuweist. Die Anordnung ist dann zweckmäßig, wenn der Wagerichtweg lang ist (d. h. etwa 100 m überschreitet), oder auch bei kürzerem Wagerichtweg, wenn man die Last nicht in einer geraden Linie befördern kann, sondern, wie z. B. beim Abladen in einem Schuppen, oft mit ihr auf gewundenen Wegen fahren muß. Der Nachteil dieser Anordnung besteht darin, daß das Gut zwischen Aufnahme- und Ablegestelle nochmals umgeschüttet wird, wodurch bei manchen Massengütern, vor allen andern bei Koks, eine Wertminderung eintritt. Für die Berechnung der Handumladekosten wurde bei diesen Beispielen angenommen, daß das Gut an der Aufnahmestelle in Handkarren geschüttet und mit diesen an die Ablegestelle gebracht wird.

Umladebeispiel VIII.

Beladung von Schiffen von einem etwa 75 m breiten Lagerplatz aus durch Bandförderer.

Unter dem Lagerplatz sind zwei Tunnel angelegt, in denen sich endlose Stahlförderbänder bewegen (Abb. 7). Diese Bänder steigen außerhalb des Lagerplatzes schräg an und fördern über ein Gerüst und über einen beweglichen Ausleger nach dem Schiffsrumpf. Die Bänder werden im Tunnel durch trichterförmige Öffnungen im Boden des Lagerplatzes beladen.

Stündliche Leistung:	200 t Erz
Jahresleistung:	480 000 t „

Anlagekosten:

Maschinelle Teile	90 000,00 M
Gründungsbauten	25 000,00 „
	<hr/>
	115 000,00 M

Betriebskosten:

Stromverbrauch	7 500,00 M
Ersatzteile und Instandhaltung	2 000,00 „
Schmierung und Hilfsstoffe	960,00 „
Bedienung: 1 Maschinist . .	1 500,00 „
3 Hilfsarbeiter	3 600,00 „

15 560,00 M

12 vH Tilgung und Verzinsung 13 800,00 „

im ganzen 29 360,00 M

Umladekosten für 1 t Erz 0,06 M.

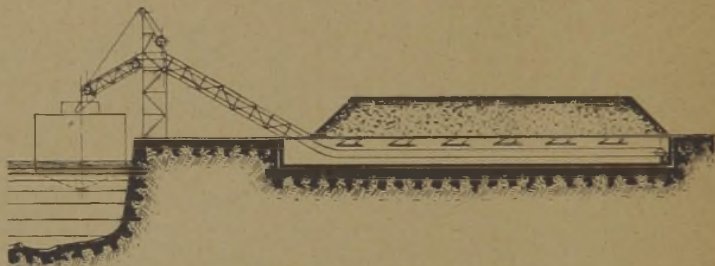


Abb. 7. Beladen von Schiffen vom Lagerplatz durch Bandförderer.

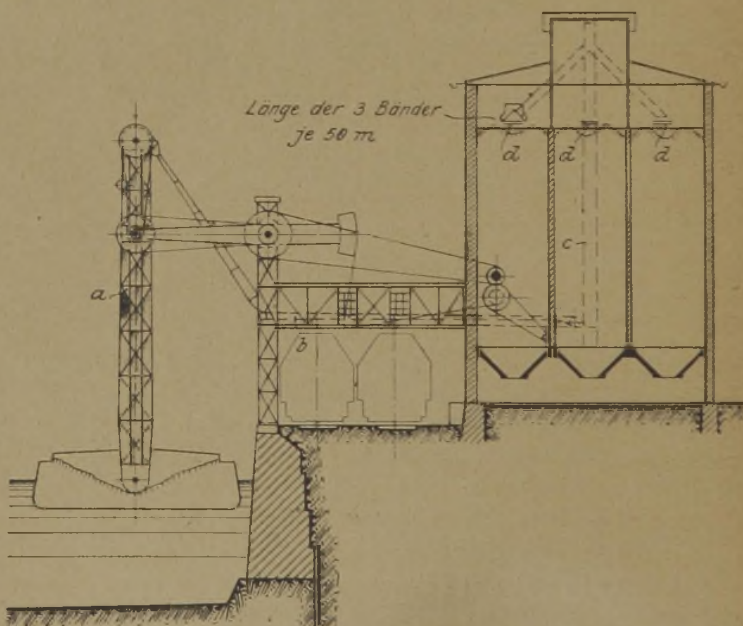


Abb. 8. Verladeanlage, Förderleistung 100 t/st.

Anlagen dieser Art kommen nur für sehr große Fördermengen und fast ausschließlich für Erz in Frage. Die geringen Kosten trotz des langen Wagerechtes zeigen die großen Vorteile des stetigen Förderers, bei dem der Zeitverlust, welcher bei den unstetig arbeitenden Anlagen durch den leeren Rückweg des Aufnahmegefäßes entsteht, vollständig vermieden wird.

Umladebeispiel IX.

Umladung von Getreide aus Schiffen in einen Silo von etwa 50 m Länge und etwa 12 m Zellenhöhe (mit mechanischer Anlage).

Die Anlage (Abb. 8) besteht aus einem heb- und senkbaren Elevator a, einem Bandförderer b, einem senkrechten Becherwerk c und drei Wage-recht-Bandförderern d von je 50 m Länge. Das Gut wird durch den Elevator im Schiff aufgenommen und auf das Band b geschüttet, welches es bis mitten in den Silo hineinbefördert. Darauf wird es durch das Becherwerk c in die Höhe gehoben und durch die drei Bänder d in die verschiedenen Silozellen verteilt.

Stündliche Leistung:	80 t Getreide
Jahresleistung:	240 000 t „
Anlagekosten:	
Maschinelle Teile	60 000,00 M
Betriebskosten:	
Stromverbrauch	10 000,00 M
Ersatzteile und Instandhaltung	5 000,00 „
Schmierung und Hilfsstoffe	2 000,00 „
Bedienung: 1 Maschinist . .	1 500,00 „
9 Mann	10 800,00 „
	<hr/>
	29 300,00 M
12 vH Tilgung und Verzinsung	7 200,00 „
	<hr/>
im ganzen	36 500,00 M
Umladekosten für 1 t Getreide	0,15 M.

Umladebeispiel X.

Umladung von Getreide aus Schiffen in einen Silo von etwa 80 m Länge und etwa 12 m Zellenhöhe (mit Saugluftanlage).

Die Anlage zur Verteilung des Gutes in die Silozellen ist die gleiche wie bei Beispiel IX. Nur der Elevator a und die Bänder d (Abb. 8) sind durch einfache Saugrohre mit Saugpumpe ersetzt.

Stündliche Leistung:	80 t Getreide
Jahresleistung:	240 000 t „
Anlagekosten:	
Maschinelle Teile	90 000,00 M

Betriebskosten:

Stromverbrauch	37 000,00 M
Ersatzteile und Instandhaltung	5 000,00 „
Schmierung und Hüllstoffe	2 000,00 „
Bedienung: 1 Maschinist . .	1 500,00 „
2 Mann	2 400,00 „
	<hr/>
	47 900,00 M
12 vH Tilgung und Verzinsung	10 800,00 „
	<hr/>
im ganzen	58 700,00 M
Umladekosten für 1 t Getreide	0,24 M.

Die Beispiele IX und X zeigen zwei Arten von Anlagen, die ausschließlich für Getreideumladung verwendet werden. Die Kosten der Handverladung sind für diese Fälle nicht zu ermitteln, wie bereits ausgeführt wurde.

Zum Schluß soll noch nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß die ermittelten Kosten reine Umladekosten sind, also sich nur auf die Bewältigung der bei jedem Beispiel angegebenen Arbeitsvorgänge beziehen. In der Praxis treten bei der Umladung natürlich noch zusätzliche Kosten auf; z. B. beim Entladen von Eisenbahnwagen das Heranschieben der Wagen zum Kipper und das gegebenenfalls notwendige Drehen der Wagen auf Drehscheiben. In den Rhein- und Ruhrhäfen beträgt die Gebühr für dieses „Abdrehen“ 0,15 M für den 10 t-Wagen. Bei Kranen und Verladebrücken sind wiederum an vielen Orten Gebühren für die Benutzung der Uferstrecken zu zahlen usw. Auch ist der gegebenenfalls notwendige Grunderwerb für die Verladeanlage im Einzelfall zu berücksichtigen. Diese zusätzlichen Kosten mußten unberücksichtigt bleiben, da sie an verschiedenen Orten so verschieden sind, daß Durchschnittswerte nicht angegeben werden können.

Unsere Untersuchung über die Kosten der Umladung von Massengütern wäre nicht vollständig, wenn wir nicht noch deutlicher, als es im Vorstehenden bereits geschehen ist, die Frage des Zeitverbrauches bei der Umladung beleuchten würden. Die Zeit, welche für die Umladung erforderlich ist, wirkt nämlich nicht nur unmittelbar auf die Umladekosten, sondern auch mittelbar, da bei sehr zeitraubender Umladung erhebliche Kosten durch Stand- oder Liegegelder entstehen; vor allem aber kann die Förderanlage während des Umladens nicht arbeiten und ist zu unwirtschaftlichem Stillstand gezwungen. Die außerordentliche Bedeutung dieser Frage wird im Jahresbericht des Vereines für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1908 hervorgehoben. Es ist dort festgestellt, daß unsere Güterwagen im Durchschnitt am Tage nur 3 Stunden laufen und 21 Stunden stillstehen. Der Bericht fährt dann fort:

„Bei einem Verhältnis von 21 Stehstunden zu 3 Rollstunden werden unsere rund 230 000 Kohlenwagen pro Tag 4 830 000 Stunden stehen und nur 690 000 Stunden laufen. Gelingt es, dieses Verhältnis von 21:3 nur auf 19:5 zu bringen, so würden jene 230 000 Wagen täglich nur 4 370 000 Stunden stehen und 1 150 000 Stunden rollen, was eine Ersparnis von 460 000 Stehstunden bedeutet oder einer Vermehrung des Wagenparkes von 460 000:

19 — 24 211 Stück gleichkommt. Rechnet man die Kosten pro Wagen zu rund 3000 M, so liegt in dem schnelleren Umlauf eine Kostenersparnis von 70 000 000 M, ganz abgesehen von den weiteren Ersparnissen an Aufstellungsgleisen, Grunderwerb, Personal, Lokomotiven usw.“

Da die Beladezeit einen verhältnismäßig immer geringer werdenden Teil der Versendungszeit bildet, je länger der Transportweg und damit die Transportzeit ist, sollte man annehmen, daß sich diese beim Eisenbahnverkehr auftretende Beeinflussung beim Schiffsverkehr wenig oder gar nicht geltend macht, da beim Schiffstransport die Wege im allgemeinen viel länger sind und infolge der viel geringeren Schiffsgeschwindigkeit die Beförderungszeit selbst bei gleicher Weglänge größer wird als beim Eisenbahntransport. Bei sehr langen Wegen, z. B. bei der Chilesalpeterverfrachtung, trifft diese Annahme auch zu. Wir haben aber gerade in Deutschland mit sehr wichtigen Massengutverfrachtungen zu rechnen, deren Weg recht klein ist, nämlich mit der Kohlenbeförderung von der englischen Ostküste her, sowie mit den Erztransporten aus Schweden und Norwegen. Die Kohlendampfer z. B., die zwischen England und Hamburg verkehren und eine Ladung von 2000 bis 3000 t nehmen können, brauchen für die Fahrt im Durchschnitt 36 Stunden. Beladen und Entladen dauern zusammen fast ebensolange. Also auch hier eine äußerst schädliche Rückwirkung der Umladezeit auf die Ausnutzung der Verkehrseinrichtungen! Die mechanischen Einrichtungen, besonders die Kipper zum Laden und schwimmende, mit Selbstgreifern arbeitende Krane zum Entladen, haben schon viel gebessert.

Die technischen Schwierigkeiten, welche sich bei den Bemühungen, das Be- und Entladen von Schiffen zu beschleunigen, ergeben, werden in erster Linie durch die Bauart der Schiffe hervorgerufen, die mit ihren geschlossenen Decks und der geringen Zahl und Größe der Ladeluken die Angriffsmöglichkeit für die Umladevorrichtungen auf wenige Punkte des Schiffskörpers beschränken. Man ist sich daher bereits darüber klar, daß eine durchgreifende Beschleunigung der Umladung nur von der Verwendung besonderer, für den Massengüterverkehr gebauter Fahrzeuge zu erwarten ist. Die Amerikaner sind in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie bauen schon seit einer Reihe von Jahren insbesondere für den Eisenerzversand auf dem Oberen See Dampfer von 10 000 und 12 000 t Fassung, deren Maschinenanlage im Hinterende untergebracht ist, und bei denen alle Deckaufbauten vermieden sind. Die Laderäume können daher ähnlich wie bei unseren Flußkähnen oben gänzlich freigelegt werden, so daß man mit den Umladern gleichzeitig an einem Dutzend und mehr Stellen arbeiten kann. Ein derartiger Dampfer wurde vor einem Erzdock der Duluth and Iron Range R. R. Company am 10. Oktober 1909 mit 10 000 t Erz in 39 Minuten beladen. Handelt es sich hierbei auch um eine einmalige Höchstleistung, so zeigt dieser Fall doch, was sich bereits beim heutigen Stande der Verladetechnik erreichen läßt. Im allgemeinen ist festzustellen, daß bezüglich der Entladezeit zwischen Hand- und Maschinenarbeit ein grundsätzlicher Unterschied nicht besteht, da man durch Anstellen einer genügenden Zahl von Arbeitern die Umladung von Hand ebenso schnell wie mit der Maschine bewirken könnte. Praktisch ist die Zeitersparnis bei den mechani-

schen Verladevorrichtungen aber sehr bedeutend, denn man kann in Wirklichkeit in den meisten Fällen das Umladen schon aus rein räumlichen Gründen nicht von beliebig vielen Leuten vornehmen lassen. Wenn z. B. mehr als drei Mann in einen Kübel schaufeln sollen, so wird dadurch keine höhere Leistung mehr erzielt, da sie sich nur gegenseitig behindern. Das Entleeren eines 10 t-Wagens durch Kipper erfordert nur 3 Minuten; wollte man dieselbe Leistung in derselben Zeit von Hand bewirken, so müßten 60 Arbeiter dazu angestellt werden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß dies praktisch unmöglich ist. Man kann höchstens 6 Mann verwenden, welche den Wagen in einer halben Stunde leer machen. Der Zeitverbrauch bei Maschinen- bzw. Handverladung verhält sich also hier wie 1:10. Bei Schiffsentladung nach unserem Beispiel IV dauert ein Greiferhub von 2 t Leistung 2 min. Ein Mann leistet bei dieser Umladeart 0,5 t in der Stunde; man gebraucht also zur Erzielung der Leistung in der gleichen Zeit wie mit der Maschine 120 Arbeiter. Bei Schiffen mit geschlossenem Deck, bei denen aus den wenigen vorhandenen Luken entladen werden muß, ist die Verwendung so vieler Leute natürlich ebenfalls unmöglich; bei offenen, sehr langen Flußkähnen wäre sie allerdings unter Umständen möglich.

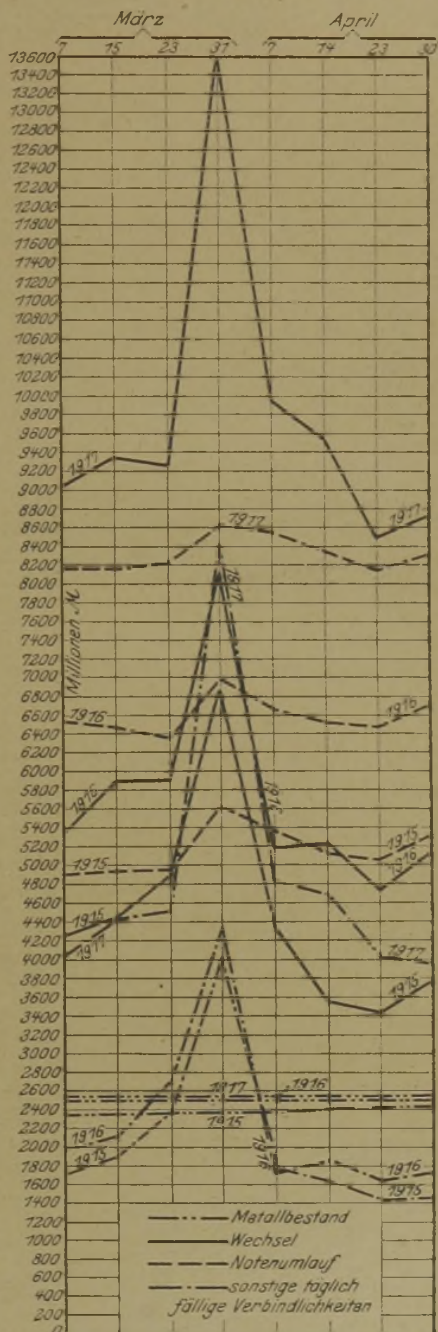
Ausschlaggebend ist dabei aber auch noch der Umstand, daß man nicht dauernd die notwendige Anzahl Arbeiter für nur vorübergehend vorkommende Höchstleistungen halten kann. Die Betriebe, in denen sich die Umladung gleichmäßig auf die tägliche Arbeitszeit verteilt, sind nämlich sehr selten. Meistens muß die ganze Tagesleistung in einem Bruchteil der Arbeitszeit erzielt werden, um Stand- bzw. Liegegelder zu vermeiden. Ja häufig drängt sich die ganze Umladearbeit eines Werkes auf wenige Tage in einer Woche zusammen. Dazu kommen noch die oft lang dauernden Unterbrechungen der Umladearbeit bei Werken, die allein auf die Wasserzufuhr angewiesen sind, während der winterlichen Eissperre. Während die Arbeiterschaft bei solchen Arbeitsunterbrechungen in der Regel durchgehalten werden muß, verursacht die mechanische Verladeanlage während des Stillstandes keine Betriebskosten, sondern es sind nur die Kosten für Tilgung und Verzinsung des Anlagekapitals und die Löhne des kleinen Bedienungspersonales zu tragen.

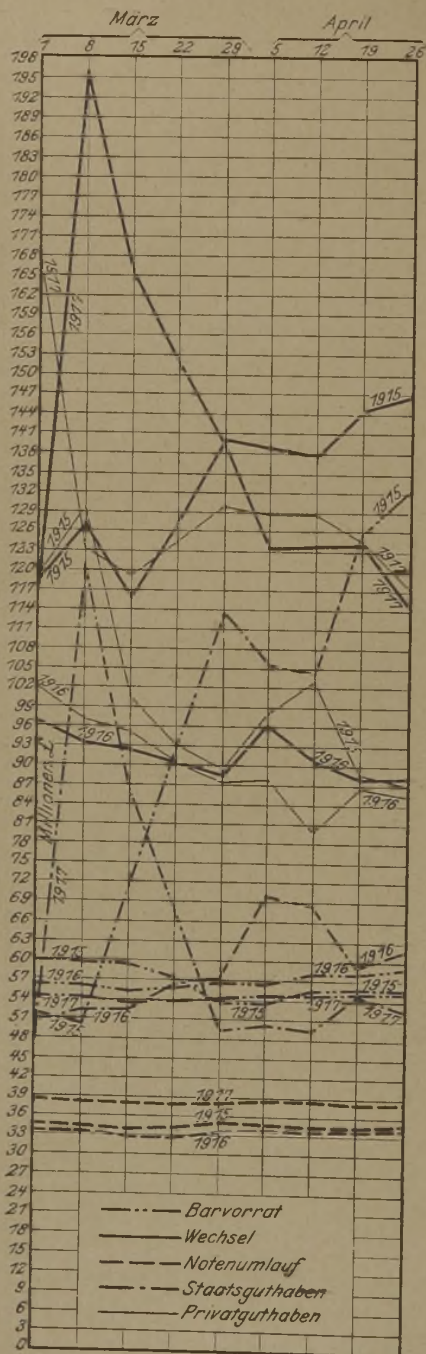
Die eben gemachten Ausführungen über die Wirkung des Zeitverbrauches bei der Umladung zeigen bereits, wie eng die Umladefrage mit den wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen verknüpft ist. Die Standorttheorie der Industrien erhält von hier aus eine vollkommen neue Beleuchtung, man gewinnt neue Gesichtspunkte zur Beurteilung der zahlreichen jetzt schwebenden Kanalpläne; von besonderer Bedeutung ist aber die Einwirkung der maschinellen Verladung auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auf die Frage der Anpassung der Arbeiterschaft an die Maschine auf diesem Gebiete. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann jedoch darauf nicht näher eingegangen, sondern es muß auf die eingangs erwähnte umfangreichere Arbeit des Verfassers verwiesen werden.

Der Auftragsbestand des nord-amerikanischen Stahltrustes.

**Reichsbank, Bank von Eng-
land, Bank von Frankreich.**

Bei der Deutschen Reichsbank erfuhr der Metallbestand von Woche zu Woche eine Zunahme, die freilich jedesmal nur sehr geringfügig war; Anfang März stellte er sich auf 2544 (2500 im März 1916 und 2335 im März 1915) Mill. M., stieg bis Ende des Monats auf 2546 (2504 bezw. 2377) Mill. M., ging bis Mitte des Aprils auf 2548 (2504 bezw. 2401) Mill. M. und erreichte bis Ende April 2549 (2503 bezw. 2416) Mill. M. Der eigentliche Goldbestand hat, wenn auch nur langsam, weiter zugenommen; er betrug Anfang März 2528 (2458 bezw. 2293) Mill. M., Ende März 2530 (2460 bezw. 2347) Mill. M. und Ende April 2532 (2461 bezw. 2368) Mill. M. In den beiden verflissenen Monaten nahm der Goldbestand insgesamt um 3,57 Mill. M. zu. Da in dieser Zeit der Metallbestand um 4,65 Mill. M. wuchs, so stiegen die Silbervorräte im März und April um 1,08 Mill. M., und zwar auf 16,68 Mill. M. Das Wechselkonto war in den beiden verflissenen Monaten sehr bedeutenden Schwankungen ausgesetzt. In der ersten Märzwoche waren 9016 (5352 bezw. 4260) Mill. M. Wechsel vorhanden, der Ausweis vom 15. März zeigte eine ungewöhnlich starke Zunahme der Anlagekonten, die aber in ihrer Wirkung auf den Gesamtstand durch eine noch größere Vermehrung der fremden Gelder, wie unten ersichtlich ist, ausgeglichen wurde. Die bankmäßige Deckung nahm um 326 auf 9342 (5888 bezw. 4436) Mill. M. zu. Die nächste Woche brachte eine größere Entlastung, indem 9258 (5897 bezw. 4875) Mill. M. Wechsel ausgewiesen wurden. Der Ausweis über die letzte Märzwoche stand nicht nur im Zeichen des Vierteljahrswechsels, sondern war vor allem beeinflusst durch die Einzahlung auf die sechste Kriegaanleihe, die vom 31. März ab zulässig war. Die Einzahlungen äußerten sich nicht nur in der Zunahme der Reichsbank anvertrauten fremden Gelder, sondern auch in dem starken Anwachsen der bankmäßigen Deckung der Reichsbank. In diesem Posten werden außer Wechseln und Schecks auch die diskontablen Schatzanweisungen des Reiches verbucht. Das Reich begibt zur Deckung vorübergehenden Geldbedarfs an die Reichsbank Schatzanweisungen, und die Reichsbank ihrerseits hat, besonders im Verlauf der letzten Monate infolge der am Geldmarkt herrschenden starken Flüssigkeit, einen großen Teil der vom Reiche empfangenen diskontablen



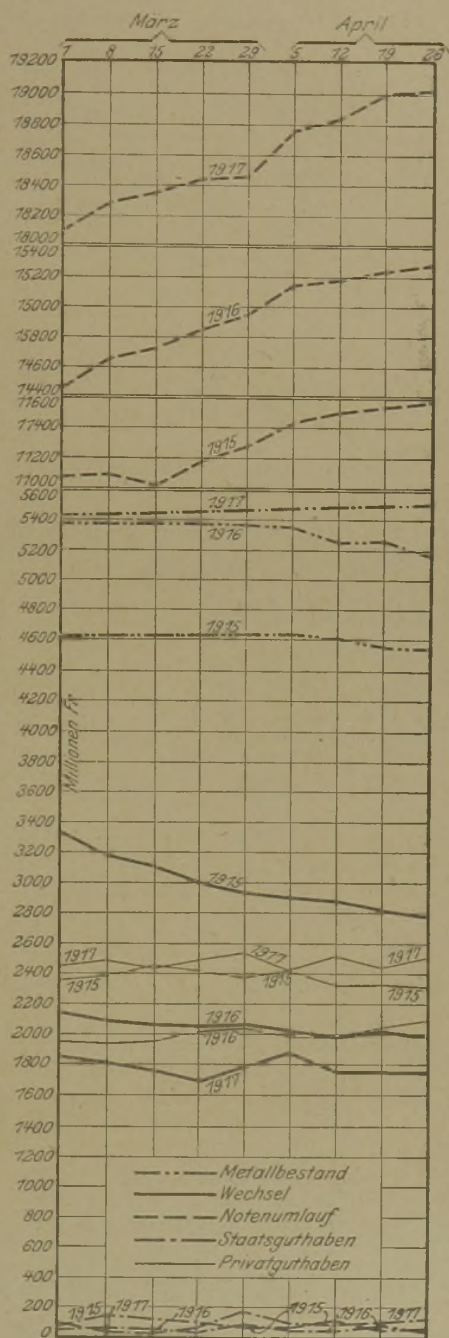


Schatzanweisungen an die Geschäftswelt weiter begeben können. In dem Augenblick nun, in dem die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe beginnen, fließt ein erheblicher Posten bereits fälliger oder binnen kurzem fällig werdender Schatzanweisungen an die Reichsbank zurück, und die bisherigen Eigentümer der Schatzanweisungen benutzen das auf diese Weise aus der Rediskontierung gewonnene Geld zur Bezahlung der Kriegsanleihe. In derartiger Weise hat sich wiederholt bei den Kriegsanleiheausgaben die Abwicklung vollzogen, und so sehen wir auch jetzt wieder, daß die Reichsbank einen erheblichen Posten Schatzanweisungen zurückerworben hat mit dem Ergebnis, daß die bankmäßige Deckung am Ende des März von 9258 auf 13596 (8112 bezw. 6859) Mill. M., also um 4338 Mill. M. gestiegen ist. Die bankmäßige Deckung selbst, wie auch ihre Zunahme, zeigt damit eine Höchstzahl. Die Entwicklung des Standes der Reichsbank war in der ersten Woche des Aprils entgegengesetzt der Bewegung in der letzten Woche des März. Da das Reich aus seinem Guthaben Schatzscheine eingelöst hatte, trat eine sehr erhebliche Entlastung der Kapitalanlage ein, und zwar um 3657 Mill. M., die fast ganz, nämlich mit 3655 Mill. M., auf die bankmäßige Deckung entfallen. Dadurch wurde das Wechselkonto gewaltig entlastet, so daß der Bestand am 7. April 9941 (5189 bezw. 4341) Mill. M. betrug. In der nächsten Woche setzte sich die Erleichterung weiter bis auf 9552 (5226 bezw. 3551) Mill. M. fort, und bis zum 23. April machte die Entlastung erneut beträchtliche Fortschritte, so daß an diesem Tage 8484 (4717 bezw. 3434) Mill. M. Wechsel ausgewiesen wurden. Der Monatschluß brachte mit 8714 (5138 bezw. 3787) Mill. M. wieder eine stärkere Versteifung. Der Notenumlauf war gleichfalls stärkeren Schwankungen ausgesetzt. Anfang März wies er die Summe von 8163 (6532 bezw. 4905) Mill. M. auf, stieg dann in der dritten Märzwoche bis auf 8224 (6373 bezw. 4944) Mill. M. und schnellte bis Monatsende auf 8616 (6988 bezw. 5624) Mill. M. empor. Der Beginn des neuen Monats brachte nicht gleich einen stärkeren Rückfluß an Noten, denn am 7. April wurden noch 8558 (6674 bezw. 5378) Mill. M. ausgewiesen. Bis zum 23. April trat aber eine stärkere Erleichterung ein, an diesem Tage waren nur noch 8144 (6479 bezw. 5055) Mill. M. Noten vorhanden. Am Monatsende trat dann wieder eine kräftigere Steigerung bis auf 8315 (6696 bezw. 5310) Mill. M. ein. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten beliefen sich Anfang März auf 4040 (1996 bezw. 1711) Mill. M., zogen dann bis Mitte des Monats auf 4436 (2109 bezw. 1895) Mill. M. an. Ende des Monats erreichte der Zuwachs an fremden Geldern im Zusammenhang mit den Einzahlungen auf die Kriegsanleihe mit 3902 Mill. M. einen noch nicht dagewesenen Umfang. Hier muß man sich vergegenwärtigen, daß die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe dem Konto des Reiches bei der Reichsbank zunächst gutgeschrieben werden. Es darf daher angenommen werden, daß der größte Teil dieses Zustromes an fremden Geldern derartige Gutschriften zugunsten des Reiches darstellt. Insgesamt beliefen sich am 31. März die der Reichsbank anvertrauten Gelder auf 8405 (4357 bezw. 4036) Mill. M. Im April setzte sofort eine starke Verringerung auf diesem Konto ein. Am Ende der ersten Aprilwoche wurden 4819 (1727 bezw. 1787) Mill. M. täglich fällige Verbindlichkeiten ausgewiesen, bis Ende des Monats sanken sie weiter bis auf 3980 (1736 bezw. 1463) Mill. M.

Bei der Bank von England nahm der Metallbestand von Anfang bis Mitte März andauernd ab, um dann ununterbrochen bis Ende April wieder zuzunehmen. Er stellte sich am 1. März

auf 54,29 (56,11 bzw. 59,99) Mill. £, sank bis Mitte März auf 53,79 (55,12 bzw. 59,46) Mill. £, um von nun an wieder zu steigen. Ende März stellte er sich auf 54,01 (56,66 bzw. 53,86) Mill. £, Anfang April überholte er den Satz von Anfang März und erreichte Mitte April die Summe von 54,93 (57,92 bzw. 55,31) Mill. £, um dann bis Ende April weiter auf 55,25 (58,92 bzw. 55,31) Mill. £ zu gehen. Der Wechselbestand war starken Schwankungen ausgesetzt. Anfang März belief er sich auf 117,38 (96,74 bzw. 118,17) Mill. £, in der nächsten Woche schnellte er bis auf 196,03 (93,18 bzw. 127,01) Mill. £ empor. Mit dieser äußerst starken Zunahme des Wechselbestandes ging auf der Passivseite, wie unten ersichtlich ist, eine starke Erhöhung der Staatsguthaben Hand in Hand bei gleichzeitiger erheblicher Verringerung der Privatguthaben. Alle diese auffallenden Veränderungen hingen mit den ersten Einzahlungen auf die englische Kriegsanleihe zusammen. Am 2. März waren nämlich 15 vH fällig, nachdem bei der Zeichnung bereits 5 vH anzuzahlen gewesen waren. Die Zeichner beschafften sich die nötigen Mittel durch Wechseldiskontierungen bei der Bank und durch Abheben ihrer Guthaben. Von nun an setzte eine Abnahme des Wechselbestandes ein, die bis Ende April anhält. Am 15. März belief sich der Wechselbestand auf 165,43 (92,43 bzw. 115,75) Mill. £ und sank bis Ende des Monats auf 139,61 (88,35 bzw. 140,00) Mill. £. Am 12. April wurde ein Wechselbestand von 123,62 (90,55 bzw. 137,81) Mill. £ ausgewiesen, und Ende April sank die Summe auf 114,44 (88,40 bzw. 146,69) Mill. £, so daß ungefähr der Stand von Anfang März wieder erreicht war. Der Notenumlauf verringerte sich im März nach mehrfachen nicht übermäßigen Schwankungen um eine Kleinigkeit, zog Anfang April etwas an und sank im Laufe des Monats ungefähr auf den Schlußstand des März zurück. Einem Umlauf von 30,59 (33,31 bzw. 34,53) Mill. £ zu Anfang des März entsprach ein solcher von 38,29 (33,58 bzw. 35,17) Mill. £ Ende des Monats März und 38,23 (34,10 bzw. 34,68) Mill. £ Ende April. Die Staatsguthaben stellten sich bei Beginn des März auf 47,85 (50,63 bzw. 51,87) Mill. £. Im Laufe der ersten Märzwoche stiegen sie im Zusammenhang mit den Einzahlungen auf die Kriegsanleihe, wie oben erwähnt, bis auf 120,89 (52,18 bzw. 50,12) Mill. £ und schlugen dann bis Ende des Monats März eine rückläufige Bewegung ein. Anfang April stellten sie sich auf 50,12 (69,92 bzw. 105,27) Mill. £ und wiesen nach mehrfachen Schwankungen am Ende des Aprils mit 52,45 (61,72 bzw. 102,06) Mill. £ gegen den Anfang des Monats nur unbedeutende Veränderungen auf. Bei den Privatguthaben entwickelte sich das Zahlenverhältnis zu Beginn des März infolge der Kriegsanleiheinzahlungen im umgekehrten Verhältnis zum Wechselbestand und zu den Staatsguthaben. Anfang März stellten sich die Privatguthaben auf 167,99 (102,02 bzw. 118,84) Mill. £ und sanken in der ersten Märzwoche auf 123,17 (97,04 bzw. 129,76) Mill. £. Von nun an bis zum Ende des Aprils waren die Schwankungen nicht übermäßig groß. Am Schluß des Aprils machten die Privatguthaben 117,25 (85,47 bzw. 87,03) Mill. £ aus.

Bei der Bank vom Frankreich konnte sich der Metallbestand in den beiden verfloßenen Monaten von Woche zu Woche, wenn auch nicht in erheblichem Maße, erhöhen, ohne daß eine Abnahme vorübergehend eintrat. Am 1. März stellte er sich auf 5419 (5875 bzw. 4617) Mill. Fr, stieg bis Ende des Monats auf 5463 (5867 bzw. 4628) Mill. Fr und erreichte Ende April die Summe von 5498 (5162 bzw. 4545) Mill. Fr. Das Gold im Ausland ist in den beiden verfloßenen Monaten fast unverändert geblieben. Das Wechselkonto ging im März fortlaufend zurück zog zu



Beginn des Aprils stärker an und setzte dann die Abwärtsbewegung bis zum Schluß des Aprils fort. Die Wechsel beliefen sich Anfang März auf 1852 (2142 bzw. 3337) Mill. Fr., Ende März auf 1793 (2068 bzw. 2940) Mill. Fr. und Ende April auf 1752 (1985 bzw. 2788) Mill. Fr. Der Notenumlauf zeigte eine äußerst ungünstige Entwicklung. Am 1. März waren 18 097 (14 460 bzw. 11 072) Mill. Fr. Noten vorhanden. Im Laufe der Woche mußte die französische Notenpresse den Notenumlauf um 184 Mill. Fr. vermehren, um die Anforderungen des Staates und seiner Verbündeten zu befriedigen. Von nun an setzte sich die ungünstige Entwicklung unentwegt fort. Ende März hatte der Notenbetrag bereits die Summe von 18 459 (14 952 bzw. 11 272) Mill. Fr. erreicht. Mit dem Ausweis vom 19. April hatte der Notenumlauf den Betrag von 19 Milliarden

überstiegen, damit betrug die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold in den Kassen der Bank nur noch 17,28 vH. Am Ende des Aprils waren 19 069 (15 278 bzw. 11 584) Mill. Fr. Noten im Umlauf. Die Staatsguthaben gingen im März zunächst zurück und nahmen erst in der letzten Märzwoche stärker zu, im April zeigte sich eine ähnliche Entwicklung. Anfang März wurden 92 (59 bzw. 72) Mill. Fr. Staatsguthaben ausgewiesen, Ende März 173 (79 bzw. 73) Mill. Fr. Am Schluß des Monats April stellte sich die Summe auf 122 (42 bzw. 43) Mill. Fr. Die Privatguthaben betrugen Anfang März 2455 (1954 bzw. 2363) Mill. Fr., stiegen nach mehrfachen Schwankungen bis Ende März auf 2540 (2043 bzw. 2379) Mill. Fr. und machten Ende April nach vorübergehenden stärkeren Abschwächungen 2508 (2091 bzw. 2317) Mill. Fr. aus.

III. MITTEILUNGEN

AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

WISSENSCHAFTSBETRIEB,

ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSWESEN.

STANDESFRAGEN.

Ingenieure in der Stadtverwaltung.

Bemühungen, der technischen Intelligenz in der Verwaltung der deutschen Stadt den ihr gebührenden Platz anzuweisen, sind in den letzten Jahren vielfach zu Tage getreten und haben auch teilweise Erfolge erzielt.

Die Hauptschwierigkeit liegt hier meist darin, daß eine veraltete Gemeindeordnung oder die Ueberlieferung den technischen Beamten bei den Entscheidungen und Abstimmungen die entsprechende Mitwirkung versagt und damit ihren Einfluß stark beschränkt. Gerade auf dem Gebiet des Stimmrechtes der höheren technischen Beamten in bayerischen Städten ist nun in dieser Richtung, wie wir der Deutschen Bauzeitung entnehmen¹⁾, durch den zielbewußt geführten Kampf des Stadtbaurates Zizler in Fürth ein bedeutsamer Erfolg erzielt worden.

Der Fall ist so bemerkenswert, daß er kurz wiedergegeben werden soll. Da in der Stadt ein Schulhaus neu gebaut werden sollte, so legte Stadtbaurat Zizler 1915 im Auftrage des Magistrates den Finanzausschuß einen diesbezüglichen Entwurf vor; der Kriegslage wegen wurde dieser Entwurf vom Finanzausschuß zurückgestellt. Dieser Be-

schluß stand bald darauf beim Magistrat zur Beratung; dabei erklärte vor der Abstimmung der Magistratsvorstand, daß der als Berichterstatter tätige Herr Zizler kein Stimmrecht habe, da es sich hier lediglich um eine Schul- und Finanzfrage handle. Das Magistratskollegium erkannte Zizler dagegen das Stimmrecht zu und beschloß mit einer Stimme Mehrheit — der des Stadtbaurates — den Bau. Dagegen erhoben Mitglieder des Gemeindekollegiums Einspruch. Die Regierung von Mittelfranken entschied, daß der Magistratsbeschluß ungültig sei, da das Stimmrecht des Stadtbaurates nicht Ausfluß des Gemeindebürgerrechtes, sondern der ihm übertragenen Amtsbefugnis sei und der Stadtbaurat nach der Gemeindeordnung als technischer Baurat nur in Gegenständen seines technischen Wirkungskreises stimmberechtigt sei, nicht aber in Finanzfragen. Hiergegen legte der Stadtbaurat beim Kgl. Verwaltungsgerichtshof Berufung ein mit der Begründung, die Gemeindeordnung gewähre ihm volles Stimmrecht in allen Gegenständen seines Wirkungskreises. Das Gesetz spreche aber nicht von einem »technischen« Wirkungskreis, noch gebe es ein Stimmrecht lediglich in »baulichen« Angelegenheiten. Es sei daher gleichgültig, ob es sich

¹⁾ D. Bauztg. 11. April 1917.

um finanzielle, verwaltungstechnische, polizeiliche oder bautechnische Fragen handle, wenn die Sache selbst nur mit dem Wirkungskreis etwas zu tun habe.

Der Kgl. Verwaltungsgerichtshof hob nun die Entschliebung der Kgl. Regierung von Mittelfranken auf und bestimmte, daß die Angelegenheit von dieser im Verfahren für Verwaltungsrechtssachen zu behandeln sei; auch jetzt erkannte die Regierung dem Stadtbaurat ein Stimmrecht wieder nicht zu. Auf erneute Beschwerde beim Kgl. Verwaltungsgerichtshof kam dieser in einer öffentlichen Sitzung am 22. November 1916 zu der Entscheidung, daß dem Stadtbaurat bei der Beschlufassung ein Stimmrecht zustand.

Mit dieser weittragenden Entscheidung war das volle Stimmrecht der höheren technischen Gemeindebeamten in Bayern in allen Angelegenheiten ihres Wirkungskreises erkämpft und so die erstrebte Gleichstellung mit den rechtskundigen Magistratsräten erreicht. Stadtbaurat Zizler gebührt für seinen mit Scharfsinn und Tatkraft durchgeführten Kampf die Anerkennung und der Dank weiter technischer Kreise. Auch über Bayern hinaus wird der Fall Beachtung finden und nachhaltig einwirken. G. S.

Das Bildungswesen in der Türkei.

Unsere Aufmerksamkeit ist in erhöhtem Maße der Türkei zugewendet; hoffen wir doch durch eine enge Verbindung mit diesem Land uns nicht nur einen Lieferer vieler wichtiger Rohstoffe zu sichern, sondern auch dort, wenn die wirtschaftliche Entwicklung weiter fortgeschritten sein wird, einen Absatzmarkt für unsere Industrieerzeugnisse zu gewinnen. Ueber die eigentlichen kulturellen Verhältnisse im türkischen Reich ist hier nur wenig bekannt; erst allmählich dringen einige Zahlen zu uns, auf Grund deren wir uns ein Bild über die dortigen Verhältnisse machen können. So ist jetzt vom türkischen Unterrichtsministerium eine Schrift mit statistischen Unterlagen über das türkische Unterrichtswesen

erschienen, die diese Verhältnisse etwas erhellt und Fingerzeige für Verbesserungen auf diesem Gebiete gibt; denn die Hebung der Volksbildung muß jedem anderen Fortschritt vorgehen.

Die türkischen Regierungs-Volksschulen wurden im Jahre 1914 von 242 069 Kindern besucht; bezeichnenderweise waren darunter über 200 000 Knaben. In diesen Schulen unterrichten 6255 Lehrer und 1005 Lehrerinnen. In den Privat-Volksschulen wurden 126 284 Knaben und 61 571 Mädchen unterrichtet. Außer diesen Schulen gab es für Nicht-mohamedaner noch 1962 Schulen mit 152 744 Besuchern, so daß in allen Schulen 582 668 Kinder unterrichtet wurden.

Die Schullehrer werden in Seminaren ausgebildet, die in den Städten Adrianopel, Smyrna, Adana, Angora, Bagdad, Beirut, Aleppo, Brussa u. a. vorhanden sind; sie haben insgesamt 1518 Zöglinge.

Von höheren Schulen gab es 1914 11 Knabenlyzeen mit 6202 Schülern, deren Schüler meist aus Beamten- und Kaufmannsfamilien stammen, und 69 Idadiehschulen mit 10 671 Schülern; diese entsprechen etwa unseren Realschulen. Ferner sind noch die mohamedanischen Orivatschulen, die insgesamt 12 610 Schüler haben, zu nennen.

Die türkischen Hochschulen, zu denen auch die beiden höheren Lehrerseminare, das eine für Männer und das andere für Frauen, mit 694 Hörern und 145 Hörerinnen gehören, hatten 6677 Studierende. Davon entfielen auf die Universität Stambul 343 Studenten der Theologie, 266 hörten Literaturwissenschaften, 94 Naturwissenschaften, 61 Mathematik; der juristischen Abteilung gehörten 2842, der medizinischen 1203 an; von den letzteren waren 312 Militärpersonen.

Die Verteilung des Volksunterrichtes ist örtlich sehr verschieden. In den am günstigsten gestellten Landesteilen kommt eine Schule auf 400 bis 800 männliche Bewohner; andere Bezirke stehen wesentlich ungünstiger da. (F. Ztg.)

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

Staatliche Elektrizitätswerke in Deutschland. Von Richard Passow. Jena 1916, Gustav Fischer. 77 S. Preis 2 M.

So alt wie die Elektrizitätswerke sind, ist auch der Streit darüber, ob sie von öffentlichen Körperschaften oder von privaten Unternehmungen betrieben werden sollen. Nachdem dieser Streit praktisch schon fast zugunsten des Gemeindebetriebes entschieden war, hat sich die Sachlage grundlegend dadurch geändert, daß neuerdings die Elektrizitätswerke einen ganz anderen Umfang, ein ganz anderes Versorgungsgebiet erhielten, ihren Strom nicht mehr nur, wie das früher die Regel war, innerhalb einer einzelnen Gemeinde absetzten, ihre Tätigkeit vielmehr auf weite Gebiete erstreckten. Das hat zu ganz neuen wirtschaftlichen Bildungen geführt: einmal haben neben den Gemeinden auch die weiteren Kommunalverbände (Kreise, Provinzen) in die Entwicklung eingegriffen und vielfach selber Elektrizitätswerke errichtet, dazu sind vielfach Verbandswerke mehrerer Gemeinden, Kreise usw. getreten. Weiter hat sich eine neue weitverbreitete Unternehmungsform herausgebildet: gemeinsamer Betrieb von Elektrizitätswerken durch öffentliche Körperschaften und Private, ein Fall, dessen Darstellung mein Buch „Die gemischt privaten und öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Gasversorgung und des Straßenbahnwesens“ (Jena 1912) gewidmet ist. Eine dritte wichtige Entwicklung besteht darin, daß neuerdings in wachsendem Umfange auch der Staat als Träger der Elektrizitätsversorgung sich betätigt hat. Diese Wendung der Frage behandelt meine obengenannte neue Schrift¹⁾.

Wenn die Frage der staatlichen Elektrizitätsversorgung in der Öffentlichkeit erörtert wird, geschieht das

fast immer in der Weise, daß die Verfasser auf Grund von mehr oder minder subjektiven wirtschaftspolitischen Begründungen ihren Standpunkt zu der Frage, ob der Staat die Elektrizitätsversorgung selbst in die Hand nehmen soll, darlegen. Eine wissenschaftliche Darlegung kann nicht so vorgehen, denn die letzte Entscheidung über diese Frage hängt nicht nur von Umständen ab, die man wissenschaftlich erforschen kann, es werden dabei schließlich auch rein subjektive Ueberzeugungen und Wünsche den Ausschlag geben. Die Schrift beschränkt sich deshalb auf ein Gebiet, das objektiv behandelt werden kann, nämlich die Frage, was bisher in den einzelnen deutschen Bundesstaaten an staatlichen Elektrizitätsversorgungsanlagen geschaffen oder wenigstens beschlossen ist. Nacheinander werden die Verhältnisse in Bayern, Baden, Preußen und Sachsen geschildert, wobei besonderer Wert darauf gelegt ist, die Beweggründe des staatlichen Vorgehens in den einzelnen Fällen klarzustellen. Es ergibt sich dabei, daß, abgesehen von den weitgehenden Plänen der sächsischen Regierung, bisher nirgends eine staatliche Elektrizitätsversorgung des ganzen Landes geplant ist, daß den Anstoß zu der staatlichen Betätigung vielmehr regelmäßig besondere Umstände gegeben haben. Es sind das: erstens das Vorhandensein staatlicher Kohlenbergwerke, die auf diese Weise besser nutzbar gemacht werden sollten, zweitens das Vorhandensein staatlicher Wasserkräfte, die im Zusammenhang mit Kanalbauten geschaffen sind, drittens der Bau von Kraftwerken für die Eisenbahnen, die auch an Dritte Strom abgeben, um ihre Anlagen besser auszunutzen. Für die Einzelheiten des staatlichen Vorgehens und die daraus entstehenden Fragen, z. B. den Interessengegensatz zwischen Staat und Gemeinden, die Ausnutzung der staatlichen Wegrechte usw., muß auf die Darlegungen der Schrift selbst verwiesen werden.

Richard Passow.

¹⁾ Sie bildet das erste Heft einer Sammlung „Beiträge zur Lehre von den industriellen, Handels- und Verkehrsunternehmungen“, die ich in Verbindung mit dem Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Kiel herauszugeben begonnen habe.

Staatliche Förderung des britischen Handels in fremden Ländern¹⁾. Die Vereinigung britischer Industrieller hat vor kurzem eine Schrift unter dem Titel „Recommendation for the Development of the Government Service for the Promotion of British Trade in Foreign Countries“ herausgegeben, aus der die Hauptforderungen im nachfolgenden wiedergegeben werden sollen.

1. Alle Regierungsmaßnahmen zur Außenhandelsförderung sollen von einer amtlichen Stelle aus durchgeführt werden, die das auswärtige Amt bildet.

2. Die Aufgaben dieses Amtes, das die Dienststelle in der Heimat und den eigentlichen auswärtigen Dienst umfaßt, bestehen in der Leitung der auswärtigen Handelsangelegenheiten, der Sammlung von Berichten über Verhältnisse und Beziehungen zu fremden Ländern auf finanziellem, industriellem und wirtschaftlichem Gebiet, in der raschen und zielbewußten Unterstützung der Bestrebungen britischer Untertanen Lieferverträge, Konzessionen und Aufträge im Ausland zu erlangen, in der Abfassung von Berichten über alle industriellen und kommerziellen Fragen, die den Außenhandel berühren, in der Beratung der Regierung über die Bedingungen, unter denen fremdes Geld im britischen Reich zugelassen werden darf u. a.

3. Die enge Zusammenarbeit dieses Amtes mit anderen amtlichen Stellen muß gewährleistet werden.

4. Um die Aufgaben durchführen zu können, muß dem Amt ein bedeutender Geldbetrag von seiten des Staates zur Verfügung gestellt werden.

Die Neuordnung des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes soll nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt werden:

Eine Handelsabteilung, die in enger Berührung mit Handel und In-

dustrie steht, soll gegründet werden; sie soll durch persönliche Besprechungen, durch Besuche industrieller Unternehmungen und durch ein Zusammenarbeiten mit Industrievereinigungen stets auf dem laufenden bleiben und aus der Praxis Anregung und Kritik empfangen.

Der diplomatische Dienst soll durch Beamte, die besondere Ausbildung in kaufmännischen und wirtschaftlichen Fragen besitzen, vermehrt werden, die auf diesem Gebiete besonders erfolgreich arbeiten können. Jeder Gesandtschaft soll ein Beamter von hohem Range zur Beobachtung des Wirtschaftslebens des Landes mit den nötigen Hilfskräften beigegeben werden; er soll den Namen Commercial Counsellor führen.

Der Konsulardienst soll diesem „Handelsrat“ unterstellt werden. Außerdem müssen auch die Beamten des Konsulardienstes bedeutend vermehrt werden.

Zu dem auswärtigen Dienst sollen nur in England geborene britische Staatsangehörige, gleichgültig, ob es sich um Berufs- oder ehrenamtliche Tätigkeit handelt, herangezogen werden. Fachmänner sollen berücksichtigt werden. Die Fähigkeiten der Beamten sollen sorgfältig geprüft und ungeeignete ausgeschaltet werden, damit ein möglichst hoher Durchschnitt erreicht werde. Die Ausbildung muß sich auf eine gute allgemeine Bildung als Grundlage stützen, und der Unterricht soll Volkswirtschaftslehre, kaufmännische Fächer und zwei oder mehrere fremde Sprachen umfassen.

Sachverständige in größerer Zahl müssen zur Verfügung stehen, um jederzeit bei Bedarf zum Prüfen und Auskunfterteilen über technische und wirtschaftliche Verhältnisse in den verschiedenen Ländern und auf den jeweiligen Märkten herangezogen werden zu können. Für alle diese Zwecke müssen genügende Geldmittel bereitgestellt werden.

¹⁾ The Engineer 22. Dezember 1916.

INDUSTRIE UND BERGBAU; WASSERWIRTSCHAFT.

Das schweizerische Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte¹⁾.

Am 22. Dezember 1916 wurde ein schweizerisches »Bundesgesetz

über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte«²⁾ erlassen, das wegen seiner wirtschaftlichen Bedeu-

¹⁾ Weltwirtschaftliches Archiv April 1917, Heft 4.

²⁾ Schweizer Bundesblatt mit schweiz. Gesetzessammlung Bd. IV 27. Dezember 1916.

tung für die Schweiz und wegen der Rückwirkungen auf die Nachbarländer auch unsere Beachtung nachdrücklichst verdient. Das Gesetz will vor allem die Grundlage für die Elektrizitätswirtschaft des Landes, die Elektrisierung der Bundesbahnen und die Regelung der Binnenschifffahrt schaffen. Damit wird es auch auf die Entwicklung der Industrie des Landes von sehr bedeutsamem Einfluß sein. Betrachtet man doch, wie es bei der Beratung des Gesetzes in der Nationalratskommission zum Ausdruck gebracht wurde, einmal die wirtschaftliche umfassende Ausnutzung der Wasserkräfte und dann den Ausbau von Wasserwerken im Dienste von Handel und Verkehr, Industrie und Landwirtschaft als die wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Die Grundlagen für erfolgsversprechende Arbeiten auf diesem Gebiet sollen dieses Gesetz liefern.

Das Gesetz behandelt im ersten von vier Abschnitten die Verfügung über die Gewässer, im zweiten ihre Benutzung, im dritten die Verteilung von Wasserrechten und im vierten Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen. Seine Grundlage bilden die Artikel 23 und 24 der Bundesverfassung, in denen unter anderem dem Bunde Enteignung von Wasserrechten und die Oberaufsicht über die Nutzbarmachung von Wasserkräften zur Wahrung öffentlicher Interessen, sowie die Bewilligung von Gesuchen, Strom ins Ausland abzugeben, erteilt wird.

Im ersten Abschnitt bestimmt das neue Gesetz, daß dem Bund das Recht, über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte öffentlicher und privater Gewässer die Oberaufsicht zu führen, zusteht. Der Begriff öffentliche Gewässer wird im Gesetz festgelegt. Gemeinwesen können eigene Wasserkräfte selbst nutzbar machen oder mit kantonaler Genehmigung das Recht zur Benutzung anderen verleihen. Um die Nutzbarmachung zweckmäßig zu gestalten, erläßt der Bundesrat allgemeine Bestimmungen. Bei Gewässerstrecken, die sich über mehrere Kantone verteilen, trifft, wenn sich die Kantone nicht selbst einigen, der Bundesrat die Entscheidung.

Die Ableitung von Wasser und elektrischer Kraft ins Ausland bedarf der Genehmigung des Bundesrates. Bei Gewässern, die durch die verfügbaren berechtigten Bezirke, Gemeinden oder Körperschaften nicht nutzbar gemacht werden, kann von der kantonalen Regierung das Nutzungsrecht vergeben werden.

Der Bund ist berechtigt, für die ihm obliegenden Aufgaben die Benutzung eines Gewässers in Anspruch zu nehmen; gegebenenfalls steht ihm das Recht der Enteignung zu. Für den Ausfall an kantonalen, kommunalen und weiteren Steuern hat der Bund den Kantonen eine jährliche Entschädigung von 1 Fr für die ausgebaute Bruttopferdekraft zu bezahlen. Die Kantone übernehmen die Weiterverteilung an die betroffenen Gemeinden, Bezirke und Körperschaften.

Zur besseren Ausnutzung von Wasserkräften und zur Regelung der Schifffahrt, sowie um künstliche Sammelbecken zu schaffen, kann der Bund die notwendigen Arbeiten veranlassen. Ueber die Kostenverteilung auf Bund und Kanton entscheidet die Bundesversammlung. Gemeinden, Körperschaften und Private können im Verhältnis der Vorteile, die sie dadurch erlangen, zur Kostenbestreitung mit herangezogen werden.

Im zweiten Abschnitt über die Benutzung der Gewässer wird bestimmt, daß Pläne über Wasserbauten, um Einsprüche zu ermöglichen, öffentlich bekannt zu geben sind. Auf die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten ist möglichst Bedacht zu nehmen. Auch zum Schutze der Fischerei sind von den Werkbesitzern geeignete Maßnahmen zu treffen. Auf die Schifffahrt ist soweit Rücksicht zu nehmen, daß die Schiffbarkeit in dem bestehenden Maß nicht eingeschränkt wird. Die Besitzer von Wasserwerken an schiffbaren Flüssen haben das für Schleusen oder sonstige Schifffahrteinrichtungen nötige Wasser abzugeben; auch für die Flößerei sind entsprechende Schutzbestimmungen vorgesehen. Zur Messung des Wasserstandes und der Wassermengen können die Besitzer verpflichtet werden, alle notwendigen Einrichtungen zu besorgen.

Nutzberechtigte an Gewässern kön-

nen sich zu freiwilligen Genossenschaften zusammenschließen oder zu Zwangs-genossenschaften vereinigt werden.

Die Verleihung von Wasserrechten, über die im dritten Abschnitt gehandelt wird, steht dem Kanton zu. Natürliche Personen und Personengemeinschaften müssen Schweizer Bürger sein und während der Verleihungsdauer ihren Wohnsitz in der Schweiz haben; juristische Personen müssen ebenfalls ihren Sitz in der Schweiz haben; mindestens zwei Drittel der Verwaltung müssen in den Händen von Schweizer Bürgern liegen.

Bei mehreren Bewerbern um eine Bauerlaubnis gebührt dem der Vorzug, dessen Unternehmen dem öffentlichen Wohl am meisten dient; läßt sich das nicht entscheiden, so erhält das Gesuch die Genehmigung, dessen Ausführung die wirtschaftlichste Ausnutzung der Wasserkräfte zu geben scheint.

Ferner enthält das Gesetz noch Bestimmungen über Wasserzinsabgaben, weiter über Inhalt, Dauer und Ende der Verleihung, die Aufnahme von Wasserrechten in das Grundbuch und die Schlichtung von Streitigkeiten.

Im vierten Abschnitt über Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen verdient Beachtung, daß der Bundesrat zur Vorbereitung und Begutachtung von wasserwirtschaftlichen Fragen eine Wasserwirtschaftskommission ernennen wird.

Das Gesetz wird am 1. Januar 1918 in Kraft treten.

G. S.

Braunkohlenregal in Anhalt¹⁾. Das Herzogtum Anhalt, das schon durch die am 4. April 1883 beschlossene Verstaatlichung der Kalisalzlagertätten ein Bergregal angebahnt hat, hat jüngst diese Entwicklung durch die Annahme eines Regales für Braunkohle weiter ausgebaut. Es wurde dort ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der

1. das Recht zum Aufsuchen und Gewinnen der Braunkohle unbeschadet der bereits erworbenen Berechtigungen ausschließlich dem Staate vorbehält;

2. dem Staat in Veräußerungsfällen ein Vorkaufrecht hinsichtlich der in Betrieb und nicht in Betrieb befindlichen Braunkohlenbergwerke einräumt;

3. dem Staat die Berechtigung erteilt, die im Eigentum anderer stehenden, nicht in Förderung befindlichen Braunkohlenfelder gegen Erstattung ihres Wertes, jedoch unter Sicherung gegen eine spekulative Preistreiberei zu erwerben;

4. bestimmt, daß diejenigen Braunkohlenfelder, deren Förderung nicht innerhalb 20 Jahre nach Verleihung des Bergwerkseigentums in Angriff genommen ist, nach einer fünfjährigen Uebergangszeit dem Staate verfallen.

Dieser Gesetzentwurf wurde im Landtag einstimmig angenommen, am 9. April verkündigt und auf den 22. März zurückdatiert.

In der dem Gesetzentwurf beigegebenen Begründung verdienen einzelne Ausführungen besondere Beachtung. So wird dort ausgeführt: Bei Mutungen habe man sich bisher meist nur darauf beschränkt, das Vorhandensein von Braunkohle insoweit nachzuweisen, daß der Mutungsantrag auf Verleihung des Bergwerkseigentums gestellt werden konnte. Eine umfassende, die Abbauwürdigkeit der Felder genügend feststellende Anbohrung sei meist unterblieben. Die Mutungen seien vielfach von vornherein nicht in der Absicht vorgenommen worden, die Felder in Betrieb zu nehmen, sondern nur, um sie später spekulativ verwerten zu können. Durch das Grubenfeld-Abgabegesetz vom 20. März 1906 sei zwar die Spekulation erschwert, aber keineswegs gänzlich unterbunden worden.

Die Braunkohlenindustrie dränge immer mehr zur großkapitalistischen Entwicklung; der Heizstoffbedarf der Industrie steige dauernd, und die neuen Brikettierverfahren lassen eine bessere Ausnutzung der Braunkohle zu. Die großkapitalistische Beschlagnahme der Braunkohlenfelder greife immer weiter um sich und nötige Großindustrie, Eisenbahnverwaltungen, Elektrizitätswerke und Staatsbetriebe, sich ihren Kohlenbedarf durch den Erwerb von Kohlenfeldern zu sichern. Das böhmische Braunkohlenkapital suche in planmäßigem

¹⁾ »Bodenreform« 5. Mai 1917.

Vergehen einen maßgebenden Einfluß in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie zu gewinnen, um deren Wettbewerb auszuschalten. Durch diese Umstände werde die rechtlich zwar bestehende Bergbaufreiheit durch ein Privatmonopol tatsächlich aufgehoben. Preußen habe dieser Gefahr durch umfangreiche Kohlenfelderkäufe durch den Staat entgegen-

wirken wollen, und Sachsen²⁾ kämpfe durch ein Sperrgesetz und ein vermutlich bald an dessen Stelle tretendes Kohlenregal dagegen an. Um derartige Gefahren für Anhalt abzuwenden, werde das (vorerwähnte) Gesetz zur Annahme vorgeschlagen.
G. S.

²⁾ Vergl. T. u. W. 1917 S. 198.

WELTWIRTSCHAFT.

Syrien als Wirtschaftsgebiet.

Während man sich heutzutage eifrig mit der wirtschaftlichen Erschließung der Türkei beschäftigt und die Möglichkeiten erwägt, wie die großen Reichtümer der zu ihr gehörenden Länderstrecken gehoben und nutzbar gemacht werden können, erscheint rechtzeitig als Beiheft zum „Tropenpflanzer“ eine umfassende Abhandlung von Dr. A. Ruppin über Syrien als Wirtschaftsgebiet, die alle Fragen, die mit der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammenhängen, eingehend beleuchtet. Sie ist von einem Manne geschrieben, der, fast zehn Jahre in Syrien im Dienste des jüdischen Kolonisationswerkes stehend, nicht nur mit der Landwirtschaft, sondern auch mit Handel und Gewerbe dauernd in engster Fühlung geblieben ist und der, unterstützt von hohen Beamten, Gelegenheit hatte, an Ort und Stelle alle einschlägigen Fragen eingehend zu studieren.

Nach einem Ueberblick über das Land und seine Bewohner, seine Oberflächen- und Bodengestaltung, das Klima und die Verwaltungseinteilung, die Dichte der Bevölkerung, ihre kulturelle Zusammensetzung und ihre Bewegung wendet sich der Verfasser zunächst der Landwirtschaft zu, um im einzelnen die landwirtschaftliche Erzeugungsstatistik, die Einzelwirtschaften nach Umfang, Arbeitsweise und Ertrag, das landwirtschaftliche Kreditwesen und die Banque agricole, die Besteuerung, die Kataster, die Natur des Grundstückseigentums und die Erbfolge, das landwirtschaftliche Unterrichtswesen, die Einführung besserer Tierrassen und landwirtschaftlicher Maschinen und Maßnahmen zur Hebung der

Landwirtschaft zu besprechen. Die Regierung ist eifrig bemüht, die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen zu fördern, zu welchem Zwecke sie in mehreren Städten Niederlagen solcher Maschinen unterhält, die sie den Landwirten auf Wunsch vorführt und zu Selbstkostenpreisen verkauft, wobei der Käufer durch Vermittlung der Banque agricole den Kaufpreis in bequemen Teilzahlungen erlegen kann. Unter den bisher verkauften Maschinen befinden sich neben französischen Erzeugnissen auch eine Anzahl Pflüge der Firma Rudolf Sack in Leipzig. Obwohl die Einführung besserer landwirtschaftlicher Maschinen sehr erwünscht ist, so scheint es dem Verfasser doch zweifelhaft, ob der Fellache mit dem europäischen Pflug bessere und sogar dieselben Ergebnisse erzielen wird wie mit dem primitiven arabischen Pflug, dessen Handhabung und Instandhaltung ihm von Kindheit an vertraut sind. Die theoretische und technische Ueberlegenheit eines neuen Gerätes über ein älteres besagt noch nichts, wenn es nicht den bestehenden Gewohnheiten, Kenntnissen und Fähigkeiten des Bauern und der Ursprünglichkeit des ganzen Wirtschaftslebens mit seinem Mangel an Instandhaltungswerkstätten und Transportmitteln Rechnung trägt; sind doch auch die Schwierigkeiten, bares Geld für den Ankauf und die Instandhaltung von Maschinen aus seiner Wirtschaft herausziehen, für den Bauern oft recht groß. Als Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft empfiehlt der Verfasser die Gründung einer landwirtschaftlichen Gesellschaft, die Förderung der Viehhaltung, den Erlaß eines Bodenverbesserungsgesetzes, die Errichtung von Lagerhäusern, die Ver-

besserung der Frachtförderung, die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Kreditwesens, die Reform der Steuergesetzgebung, die Durchführung des bereits erlassenen Katastergesetzes und die Abänderung von Bestimmungen des Immobilienrechtes.

Weitere Betrachtungen werden den übrigen Zweigen der Urrzeugung, wie dem Forstwesen, der Fischerei und Jagd und dem Bergbau, gewidmet. Was den letzteren betrifft, so ist von großen Mineralvorkommen nicht die Rede, und es wird daher auch Bergbau in nennenswertem Umfange nicht betrieben. Immerhin sind als Mineralien Asphalt, Chrom, Braunkohle, Kupfer, Eisen, Blei, Schwefel, Steinsalz und Phosphat neben sehr brauchbaren Steinsorten vorhanden.

Die Industrie Syriens tritt in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben hinter der Landwirtschaft weit zurück. Der Tiefstand der Industrie, in der einschließlich des Handwerkes nur 10 bis 15 vH der Bevölkerung (gegenüber 60 bis 70 vH bei der Landwirtschaft) beschäftigt werden, hat ihre Ursache darin, daß Syrien technisch den Industrien Europas nicht ebenbürtig ist und bei dem niedrigen Eingangszoll von nur 11 vH, dessen Erhöhung sich die Großmächte bisher widersetzen, gegen die europäischen Industrieerzeugnisse nicht aufkommen kann. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Industrien derjenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes, die wegen ihrer leichten Verderblichkeit oder wegen hoher Frachtkosten nicht ins Ausland geführt werden können und daher im eigenen Lande selbst verarbeitet werden (Seidenspinnerei, Mühlenindustrie, Öl- und Seifenindustrie, Weinerzeugung, Gerberei, Seilerei), ferner diejenigen Industriezweige, deren Erzeugnisse gerade wegen ihrer orientalischen Herkunft und ihres orientalischen Geschmacks gekauft werden, wie z. B. Kleiderstoffe, Gegenstände der Kupfer- und Holzindustrie, »Objets de piété« in Jerusalem und Bethlehem. Es sind dies Industrien, die wenig Kohle verbrauchen, die ebenso wie das Eisen zu hohen Preisen in Syrien eingeführt werden muß.

Die Industrie wird vorwiegend in

der Form der Heimindustrie und des Handwerkes ausgeübt. Es gibt in ganz Syrien kaum 100 industrielle Unternehmungen, die in einem Fabrikraum mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, während mehr als 100 Arbeiter höchstens in einem Dutzend Betrieben arbeiten. Nach Art ihrer maschinellen Einrichtung können höchstens die vorhandenen 10 bis 12 Walzenmühlen für Hochmüllerei, einige Maschinenfabriken und einige Seidenspinnereien als Fabriken in unserem Sinne gelten. Alle übrigen industriellen Arbeitsstätten sind eigentlich nur Werkstätten oder Arbeitstuben. Die Industrie liegt vielfach in den Händen von Europäern, und zwar die mechanischen Werkstätten und die Mülerei in denen der Deutschen, Juden und Levantiner, die Seidenweberei in den Händen von Franzosen.

Von besonderer Bedeutung ist die Seidenspinnerei, die sich auf eine ausgedehnte Seidenraupenzucht stützt. An Rohseide wurden im Jahre 1911 rd. 524 000 kg erzeugt, während in der Seiden-, Halbseiden-, Baumwoll- und Wollweberei im ganzen 25 500 Webstühle tätig waren. Die Erzeugung an Olivenöl betrug im Jahre 1909 2 336 000 kg. Daneben wurde Sesamol in beträchtlichen Mengen gewonnen und verschiedene ätherische Öle sowie Rizinusöl hergestellt. Das nicht zu Speisezwecken verwendbare Olivenöl wird auf einfachem Wege durch Erhitzen unter Zusatz von kaustischer Soda oder von Asche geeigneter Pflanzen in Seife verwandelt, von der in etwa 150 Betrieben jährlich rd. 20 000 t im Werte von 15 Mill. Fr hergestellt werden.

Verhältnismäßig am weitesten ist in Syrien die Mülerei vorgeschritten, die sowohl Dampfmaschinen, Petroleum- und Sauggasmotoren wie namentlich an den Flußläufen Wasserräder als Antriebmaschinen benutzt. Die Herstellung und Ausfuhr von Wein und sonstigen alkoholischen Getränken spielt ferner eine bedeutsame Rolle. An Maschinenfabriken sind nur zwei vorhanden, eine in Jaffa und eine in Beirut. Ihre Haupttätigkeit besteht in der Einrichtung von Bewässerungsanlagen, Mahl- und Oelmühlen, für die sie in Europa nur die Motoren und Mahlsteine be-

ziehen, während sie das übrige selbst herstellen. Sie sind auch mit Eisengießereien versehen. Die Fabrik in Jaffa ist ganz neuzeitlich eingerichtet. Trotz des hohen Einfuhrzölles auf die von ihr verarbeiteten Rohstoffe hat sie ihre Erzeugnisse sogar mit Erfolg in Ägypten absetzen können. Instandhaltungswerkstätten befinden sich in fast allen größeren Städten. Von den in Syrien ansässigen Handwerkern sind in erster Linie die Seiler und die Gerber zu nennen.

Bei der so gering entwickelten Industrie Syriens hat es natürlich nicht an Versuchen gefehlt, neue Industrien ins Leben zu rufen. Man hat hierbei indessen Fehlschläge erlebt, z. B. bei der Einrichtung einer Glasfabrikation. Dies rührt daher, daß einerseits der Wettbewerb mit den Ländern alter Industrie sehr schwer ist und daß es andererseits an Industriezweigen fehlt, die mit der neuen Industrie Hand in Hand arbeiten könnten. Es fehlt das große Heer der gelernten Industriearbeiter, die Schar kaufmännisch und technisch gebildeter Beamter, es gebricht an Beförderungsmitteln und vor allem auch an dem Verständnis der Behörden für die industrielle Betätigung der Bevölkerung.

Der Errichtung von Handwerkerschulen, die bis dahin in erster Linie von jüdischen Gesellschaften unterhalten wurden, hat die Regierung in den letzten Jahren ihre Aufmerksamkeit zugewandt. So sind von ihr Schulen in Damaskus und Aleppo gegründet worden, während von jüdischer Seite in Haifa eine technische Mittelschule ins Leben gerufen werden soll, die sich aus einer sechsklassigen vorbereitenden Realschule und dem eigentlichen vierklassigen Technikum zusammensetzen wird. Die Schule soll Bautechniker, Maschinentechniker, Chemiker und Elektrotechniker ausbilden. Werkstätten und Laboratorien zur praktischen Unterweisung der Schüler sollen ihr angegliedert werden.

Unter den Maßnahmen zur Hebung der syrischen Industrie befürwortet der Verfasser besonders die Einführung von Schutzzöllen, den Abschluß von Handelsverträgen, die Gründung einer Industriebank zur Erleichterung der Kapitalbeschaffung für industrielle Unternehmungen und

die Einsetzung von Gewerbeaufsichtsbeamten.

Ein umfangreicher Abschnitt ist dem Handel Syriens gewidmet, in dem der Außen- und Binnenhandel, der Handel mit den Beduinen, die Handelsmonopole (Salz, Tabak, Tombeki), das Bankgeschäft und das Münzwesen, das Versicherungswesen, die Handelsschulen, die Handelskammern und Maßnahmen zur Hebung des Handels im einzelnen besprochen werden. Zur Einfuhr gelangen hauptsächlich unter den Mineralien: Eisen, Petroleum, Kohle, unter den Forsterzeugnissen: Bauholz, unter den Industrieerzeugnissen: die sogenannten Manchesterwaren (Baumwollstoff und Baumwollgarn), unter den Kolonialwaren: Zucker, Reis und Kaffee. Ausgeführt werden: Seide (Kokons und gesponnene Seide), Halbseide und Baumwolle, Seife, Orangen und Zitronen, Weizen, Gerste, Sesam, Erbsen, Wein, Objets de piété. Der Wert der Einfuhr betrug im Jahre 1910/11 165 Mill. Fr, während sich der Wert der Ausfuhr auf 83 Mill. Fr belief.

An der ganzen syrischen Küste gibt es nur einen ausgebauten Hafen, den von Beirut, der im Jahre 1887 mit französischem Kapital ausgebaut wurde. Er ist indessen so klein und so wenig tief, daß vielen Schiffen das Herankommen an das Bollwerk und das Ankeren im Hafen unmöglich ist. Als Häfen zweiter Ordnung bestehen noch die von Jaffa, Tripolis, Haifa, Alexandrette, Latakia und Saida, die indessen nur offene Reeden haben und mit Ausnahme von Alexandrette, das durch seine natürliche Lage gegen Stürme geschützt ist, den heftigen Südwest- und Westwinden derart ausgesetzt sind, daß mitunter die Einschiffung oder Ausschiffung ganz unmöglich ist. Da das Meer an der ganzen Küste sehr seicht ist, sind die Schiffe gezwungen, 1 bis 2 km vom Strande entfernt zu ankern. Der Hafen von Alexandrette soll nunmehr von der Bagdadbahngesellschaft ausgebaut werden, während der von französischen Gesellschaften gefaßte Plan, die Häfen von Jaffa und Haifa auszubauen, durch den Krieg hinfällig geworden ist.

Das syrische Eisenbahnnetz umfaßt heute 2032 km Länge, von denen rd.

1200 km eine Spurweite von 105 cm, 430 km eine solche von 143,5 cm und 87 km eine solche von 100 cm zeigen. Der Heddschasbahn gehören 949 km an, der Bagdadbahngesellschaft 295 km, den Strecken der mit französischem Kapital gegründeten Gesellschaften 788 km. Durch den mit Eifer betriebenen Bau der kleinasiatischen Tunnelstrecken der Bagdadbahn wird voraussichtlich schon im Jahre 1917 die durchlaufende Verbindung von Haidarpascha bis Aleppo hergestellt und dadurch Syrien in unmittelbare Verbindung mit Europa gebracht sein.

Das Transportwesen innerhalb Syriens beschränkt sich bei dem Mangel an schiffbaren Gewässern auf die Beförderung mittels Eisenbahnen und tierischer Kraft, und zwar mit Wagen oder Lasttieren. Der Segelschiffverkehr auf dem Meere liegt in den Händen der Küstenbewohner, während der Dampfschiffverkehr fast ausschließlich von fremden Gesellschaften ausgeübt wird und somit der inländischen Volkswirtschaft nicht zugute kommt. Die geplante Verleihung gewisser Vorrechte an ottomanische Gesellschaften für den Warentransport an der Küste ist daher vom volkswirtschaftlichen und türkisch-nationalen Standpunkt aus gerechtfertigt. Es müßten dazu allerdings neue Gesellschaften gegründet werden, da die wenigen jetzt dort verkehrenden türkischen Schiffe kaum den bescheidensten Ansprüchen genügen. Von fremden Schifffahrtsgesellschaften, die die syrischen Häfen anlaufen lassen, sind zu nennen: die Société des Messageries maritimes (Marseille), der Oesterreichische Lloyd in Triest, die russische Dampfschiffsgesellschaft in Odessa, die englische Khedivial Mail Line und zwei italienische Gesellschaften, Marittima Italiana und Servizi Marittimi. Von deutschen Schifffahrtlinien besuchen die Dampfer der Levantelinie die syrischen Häfen. Der Nationalität nach stehen von den Schiffen, die im Jahre 1910 an der syrischen Küste ankernten, die englischen Dampfer mit 20,1 vH des Gesamttonnagehaltes obenan. Ihnen folgen der Reihe nach die russischen, französischen, österreich-ungarischen, italienischen, deutschen, amerikanischen, türkischen,

griechischen und belgischen Dampfer. Die deutschen machten nur etwa 3,7 vH des Gesamttonnagehaltes aus.

Bei der Beförderung mit tierischer Kraft fällt dem Kamel die Hauptrolle zu. Der Transport auf Eseln und Maultieren hat kaum Bedeutung, während das Fahren auf Wagen in der Regel nur bei militärischen Transporten, sowie bei deutschen, jüdischen und tscherkessischen Kolonisten in Palästina vorkommt. Nur im Libanon sieht man große Planwagen, die meistens dem Mehltransport dienen. Die Seltenheit des Wagenverkehrs ist dem Fehlen befahrbarer Wege zuzuschreiben. Zurzeit wird der Verbesserung des Wegenetzes große Aufmerksamkeit zugewandt.

Eingehend bespricht der Verfasser die Lebenshaltung in Dorf und Stadt, wobei er der Bauart der Städte und der Einrichtung der Häuser, den Boden- und Mietpreisen, der städtischen Wasserversorgung und Kanalisation, den Straßenbahnen, der Beleuchtung, dem Postverkehr, den Haushalt- und Lebensmittelpreisen, dem geistigen und gesellschaftlichen Leben bemerkenswerte Betrachtungen widmet.

Schließlich spricht er sich auch über die wirtschaftliche Zukunft Syriens aus. Das Land hat unstreitig eine Reihe von natürlichen Vorzügen, wie die lange Küste, die jeden Ort des nur 100 bis 300 km breiten Gebietes verhältnismäßig leicht mit der See in Verbindung treten läßt; die Intelligenz der städtischen, die Genügsamkeit und Gesundheit der ländlichen Bevölkerung, die Möglichkeit, weite Strecken zu bewässern, die außergewöhnliche Fruchtbarkeit einzelner Körnerbaugebiete und die Anziehungskraft der heiligen Stätten in Palästina. Eine planmäßige Ausnutzung dieser Vorteile, namentlich auch der Ausbau der vorhandenen Wasserkräfte, würde dem Lande reichliche Möglichkeiten für eine gesunde landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung sichern. L.

Das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten 1912 und 1916.

Der Hauptherausgeber der amerikanischen Zeitschrift „Commerce and Finance“, Theodore H. Price, hat kürzlich im „Outlook“ einen Aufsatz veröffentlicht, der das

amerikanische Wirtschaftsleben am 30. Juni 1916 mit seiner Gestaltung am 30. Juni 1912 vergleicht. Dabei ergeben sich gewaltige Steigerungen auf beinahe allen Wirtschaftsgebieten. Allerdings wird man sich beim Betrachten dieser Ziffern vor Augen zu halten haben, daß ein günstigerer Zeitpunkt als der 30. Juni 1916 oder das ganze Wirtschaftsjahr 1915/16 nicht gewählt werden konnte, da die Kriegsbestellungen des Vierverbandes in diesem Jahre die Vereinigten Staaten mit Aufträgen überschütteten, so daß alle Erzeugungs- und Beschäftigungsziffern für das Jahr 1915/16 ungemein günstig sind. Die Kehrseite des Bildes wird der unvermeidliche Wiederabstieg sein, der mit dem Friedensschluß — wenn nicht schon vorher — wahrscheinlich mit großer Plötzlichkeit einsetzen wird.

Ein Vergleich von 1912 und 1915 wäre auch nicht entfernt so günstig ausgefallen. Auch darf nicht außer Betracht bleiben, daß der Amerikaner eine tief eingewurzelte Neigung hat, von vornherein anzunehmen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes dauernd in Riesensprüngen aufwärts bewegt. Er wird daher immer geneigt sein, bei statistischen Schätzungen — und wie viele „Berechnungen“ beruhen auf solchen! — zu hoch zu greifen. Allein trotz allem geben die Priceschen Ziffern doch ein eindrucksvolles Bild wirtschaftlichen Gedeihens und wirtschaftlicher Kraft, das für die zukünftige Gestaltung des Weltmarktes nicht außer acht bleiben darf.

Price stellt an die Spitze seiner Betrachtung den Nationalreichtum. Für 1912 schätzt er ihn nach amtlichen Ziffern auf insgesamt 187 Milliarden \$, für 1916 auf 228 Milliarden \$. Die Zunahme würde also 41 Milliarden \$ oder 21,9 vH betragen. Theoretisch kommt dieser Reichtum einer Bevölkerung zugute, die von 94 736 000 auf 101 200 000, also um 6 464 000 oder 6,8 vH gestiegen ist.

Die Banküberschreibungen sind von 166 408 Mill. auf 224 338 Mill., also um 57 930 Mill. \$ oder 34,9 vH gestiegen. Das Kapital der Banken (National banks) betrug am 1. Mai 1912

10 792,149 Mill., am 1. Mai 1916 14 195,595 Mill. \$. Es stieg also um 3403 Mill. \$ oder 31,5 vH. Die Depositen derselben Banken betrugen an dem genannten Tage 1912 8015,511 Mill. \$, 1916 bereits 11 135,322 Millionen \$, waren also um 3 119,811 Mill. \$ oder 38,9 vH gewachsen. Gleichzeitig gingen die Depositen von Treuhand-Gesellschaften und Sparbanken von 11 500,818 Mill. \$ auf 14 951 Mill. \$, also um 3 450 Mill. \$ oder 30 vH herauf. Es wuchs also die sämtlichen Bankdepositen von 19 516,329 Mill. \$ auf 26 086,385 Mill. \$, mithin um 6 570,056 Mill. \$ oder 33,6 vH. Die Darlehen der Nationalbanken stellten sich am 1. Mai 1912 auf 5 882,167 Mill. \$, am 1. Mai 1916 auf 7 606,428 Mill. \$, waren also um 1 724,261 Millionen \$ oder 29,3 vH gewachsen. Der Goldbestand betrug am 1. Juli 1912 1818 Mill. \$, am 1. Juli 1916 2439 Mill. \$. Er wuchs somit um 621 Mill. \$ oder 34,1 vH. Das im Umlauf befindliche Geld belief sich am 1. Januar 1912 auf 3 276,787 Mill. \$, am 1. Januar 1916 auf 4 018,044 Mill. \$. Es war also um 741,257 Mill. \$ oder 22,6 vH vermehrt worden.

Der gesamte Außenhandel der Vereinigten Staaten hatte 1912 einen Wert von 4278 Mill. \$, 1916 von 6531 Mill. \$. Er war also im letztgenannten Jahre um 2253 Mill. \$ oder 52,7 vH größer. Die eigentliche Bedeutung des Außenhandels ergibt sich jedoch erst aus den Ein- und Ausfuhrzahlen und dem Unterschied zwischen beiden. Die Ausfuhr (außer Gold und Silber) stellte sich 1912 auf 2204 Mill. \$, 1916 auf 4333 Mill. \$. Sie war also im letztgenannten Jahre um 2129 Mill. \$ oder 96,6 vH größer. Dagegen betrug die Einfuhr (außer Gold und Silber) 1912 1653 Mill. \$, 1916 2197 Mill. \$. Sie stieg also um 544 Mill. \$ oder 32,9 vH. Die Handelsbilanz schloß mithin zugunsten der Vereinigten Staaten 1912 mit einem Ueberschuß von 551 Mill. \$, 1916 mit einem solchen von 2136 Mill. \$ ab. Es war also 1916 der Ueberschuß um die Riesennummer von 1585 Mill. \$ oder 287,6 vH größer als 1912 — ein geradezu beispielloses Ergebnis, das in der gesamten Handels-

geschichte der Welt in der Höhe der Summen ohne gleichen da steht.

Für die Netto-Einfuhr von Gold gilt das Gleiche, da sie 1912 nur 8 Mill. \$, 1916 dagegen 412 Mill. \$ betrug, so daß die geradezu unerhörte Steigerung um 404 Mill. \$ eintrat. Infolgedessen verringerte sich die Verschuldung der Vereinigten Staaten in Europa nach amtlichen Schätzungen von 6500 Mill. \$ auf 3160 Mill. \$, also um 3340 Mill. \$ oder 51,4 vH.

Gehen wir nun zu den Ziffern für die wichtigsten Wirtschaftsgebiete über, so lautet die Schätzung für die Ausfuhr der Landwirtschaftserzeugnisse 1912 auf 1020 Mill. \$, 1916 auf 1470 Mill. \$. Hier soll also die Steigerung 450 Mill. \$ oder 44,1 vH betragen haben. Wohl gemerkt: es ist hier nur von der Wertsteigerung, und zwar nur von einer Schätzung derselben die Rede, nicht von der Menge der landwirtschaftlichen Erzeugnisse selbst. Das gleiche gilt von der Ausfuhr von Industriewaren, die 1912 in den Vereinigten Staaten in einem Werte von 1020 Mill. \$ hergestellt wurden, 1916 im Werte von 2600 Mill. \$. Hier betrug die Wertsteigerung also sogar 1580 Mill. \$ oder 155 vH.

Sehr viel geringer ist die Zunahme der Brutto-Eisenbahneinnahmen, die 1912 2740 Mill. \$, 1916 3500 Mill. \$ betragen. Sie ergaben also 760 Mill. \$ oder 27,6 vH mehr. Die Netto-Einnahmen erreichten dagegen 1912 die Höhe von 845,679 Mill. \$, 1916 1164 Mill. \$, mithin 318,321 Mill. \$ oder 37,6 vH mehr.

Der Wert der Ernte und des Viehbestandes wurde 1912 auf 9342 Mill. \$, 1916 auf 10 500 Mill. \$ geschätzt. Die Zunahme soll also hier 1158 Mill. \$ oder 12,4 vH betragen haben. Für die Weizen-ernte wird der Wert auf den Farmen auf 555 Mill. \$ bzw. 930 Millionen \$ geschätzt, 1916 also auf 375 Mill. \$ oder 67,5 vH mehr. Die Ziffer ist nur so erklärlich, daß sie den Ernteertrag des Kalenderjahres 1915 umfaßt, der ja erst im Winter 1915/16 in die Erscheinung trat. Die Mißernte des Kalenderjahres 1916, die

erst in den Ziffern des Fiskaljahres 1917 zutage treten wird, dürfte trotz den gesteigerten Preisen eine kleinere Ziffer ergeben.

Der Wert der Farmländereien wurde 1912 auf 31 839 Mill. \$, 1916 auf 35 899 Mill. \$ angegeben. Hier wird also eine Wertsteigerung von 4060 Mill. \$ oder 12,7 vH errechnet.

Die Erzeugung von Roheisen wurde 1912 auf 29,7 Mill. t, 1916 auf 40 Mill. t geschätzt, also auf einen Mehrertrag von 10,3 Mill. t oder 35 vH; die Erzeugung von Stahl auf 31 Mill. t und 42 Mill. t, also auf einen Mehrertrag von 11 Mill. t oder 35,5 vH.

In der Industrie waren 1912 schätzungsweise 6 900 000, 1916 8 500 000 Menschen beschäftigt. Es würden also 1 600 000 Menschen oder 26,2 vH mehr von ihr herangezogen sein. Die Löhne, die diesen Menschenmassen bezahlt wurden, betrugen 1912 schätzungsweise 3760 Mill. \$, 1916 5320 Mill. \$, also 1560 Mill. \$ oder 41,5 vH mehr. Das Kapital, das in der amerikanischen Industrie der Vereinigten Staaten angelegt ist, soll 1912 21 000 Mill. \$, 1916 27 500 Mill. \$ betragen haben, also eine Steigerung von 6500 Mill. \$ oder 30,9 vH erfahren haben. Der Wert der von der Industrie erzeugten Güter wird für 1912 auf 22 800 Mill. \$, für 1916 auf 32 200 Mill. \$ geschätzt. Er würde sich also um 9400 Mill. \$ oder 41,2 vH vermehrt haben.

Alles in allem sehr bedeutsame Ziffern, die mindestens zeigen, daß es den Vereinigten Staaten im Augenblick wirtschaftlich außerordentlich gut geht! Immerhin kann gar manche Ziffer bedenklich stimmen oder doch zur Vorsicht mahnen. Eines der besten Kennzeichen für die wirtschaftliche Gesundheit des Landes ist die Lebhaftigkeit des Eisenbahnverkehrs, da dieser ganz überwiegend Frachtverkehr ist, während die Einnahmen aus dem Personenverkehr dagegen kaum in Betracht kommen. Nun sollen die Brutto-Einnahmen der amerikanischen Bahnen zwischen 1912 und 1916 nur um 27,6 vH gewachsen sein, die Netto-Einnahmen allerdings um 37,6

vH. Man wird jedoch gut tun, sich an die erste Ziffer zu halten, da die riesige Entwicklung der Kriegsindustrie auch die Eisenbahnen, und zwar nicht nur die des Ostens, mit einem goldenen Regen überschüttet hat. Sind doch die für die Herstellung von Kriegsgerät arbeitenden Fabriken gezwungen, was sie nach Rußland verfrachten wollen, zum größten Teil über das ganze Gebiet der Union auf dem Eisenbahnwege zu versenden; der Weg nach Archangelsk ist durch die deutschen U-Boote so unsicher gemacht, daß das Wagnis dort zu groß ist; auch die Benutzung der Landenge von Tehuantepec, die sonst einen erheblichen Teil des Güterverkehrs zwischen dem Osten und dem Westen befördert, ist dafür nicht möglich, da sie durch den gesteigerten Verkehr an sich schon überlastet ist — um so mehr,

als die Küstenschifffahrt um das Kap Horn herum, die einen bedeutenden Teil des Güterverkehrs vom Osten in den Westen der Vereinigten Staaten zu bewältigen pflegte, durch den allenthalben fühlbaren Schiffsraum-mangel fast ganz aufgehört hat. Berücksichtigt man dies, so gewinnen die Ziffern für den Eisenbahnverkehr ein wesentlich ungünstigeres Gesicht.

Wie es tatsächlich mit dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes bestellt ist, wird sich erst ergeben, wenn der Friede geschlossen ist und der Abbau der Kriegswirtschaften erfolgen muß. Die Aufgaben, die die amerikanische Volkswirtschaft dann zu lösen hat, werden an die Umsicht und das Verantwortungsgefühl der Leiter des dortigen Wirtschaftslebens bedeutende Anforderungen stellen. E. S.

ORGANISATIONSFRAGEN.

Ein Wunsch an die deutschen Büchereien.

Der Durchführung der Kriegswirtschaft sind Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß es an Fachbüchereien gefehlt hat.

Um nur ein Beispiel zu nennen, gibt es in ganz Berlin nicht eine Stelle, an der man sich über die gesamte vorhandene Literatur des Spinnstoff- und Bekleidungsgewerbes unterrichten kann. Soweit in einzelnen Büchereien, z. B. in denen der Handelskammer und der Ältesten der Kaufmannschaft, eine an sich nicht unwesentliche Zahl von Büchern textilindustriellen Inhalts vorhanden ist, sind diese in den Bucherverzeichnissen nicht genügend nach den einzelnen Spinnstoffgruppen und nach ihrem technologischen, statistischen und allgemein volkswirtschaftlichen Inhalt zerlegt.

Aus diesen Verhältnissen heraus kann man den Wunsch nach einer Arbeitsteilung ableiten. Jeweils eine Bücherei, die einem bestimmten Fachgebiet am nächsten steht, müßte sich bemühen, auf diesem eine vollständige Büchersammlung zu haben, zum mindesten aber die hauptsächlichsten Werke zu besitzen, und daneben in der Form einer Kartotheek ein Verzeichnis aller bekannten Werke der Gruppe mit Angabe der Standorte in den andern Büchereien.

Dasselbe wie für die einzelnen Fachgebiete gilt betreffs der Literatur über das Ausland. Auch hier kann erst dann eine richtige Ausnutzung der vorhandenen Literatur eintreten, wenn vollständige und stets auf dem laufenden gehaltene Bucherverzeichnisse nach Ländern und innerhalb der Länder nach Fachgebieten unterteilt bei der einen oder anderen Bücherei in bewußter Arbeitsteilung geführt werden. Ähnliches wie für Bücher kann auch für Zeitschriften des In- und Auslandes nützlich sein.

Die angedeutete Arbeitsteilung ist um so nötiger, als es über die Mittel und über die Arbeitskräfte der bestehenden Büchereien hinausgeht, für jedes der in Frage kommenden Gebiete eine eigene, auch nur einigermaßen umfassende Sammlung oder ein umfassendes Verzeichnis anzulegen.

Des weiteren wäre es sehr erwünscht, wenn die angedeuteten umfassenden Verzeichnisse der Literatur über geschlossene Fachgebiete sich nicht mit der Angabe von Titel, Verfasser, Jahreszahl, Erscheinungsort und Umfang der Bücher begnügen, sondern auch in kurzen Stichworten den Inhalt nach der Richtung angeben würden, daß man von vornherein aus dem Verzeichnis ersieht, ob man ein Werk all-

gemein schildernden Inhalts oder ein statistisch, volkswirtschaftlich oder technisch - fachmännisch gerichtetes Buch vor sich hat. Es könnte dadurch die Durchsicht zahlloser, ganz allgemein gehaltener und oft wesentlich auf immer dieselben bekannten Quellen gestützter Werke vermieden und das Heraussuchen der für einen bestimmten Zweck wichtigsten Bücher erleichtert werden.

Sollte es sich wider Erwarten als nicht durchführbar erweisen, daß die Büchereien sich untereinander verständigen, für welche Fachgebiete und für welche Länder sie diese vollständigen Verzeichnisse anlegen wollen, so müßte einer eigens zu schaffenden Stelle die Führung der Verzeichnisse übertragen werden.

Die entgeltliche Abgabe von Auszügen aus diesen Fachverzeichnissen an solche Behörden, Wissenschaftler und Fachleute, die ein berechtigtes Interesse an dem Stoffgebiet nachweisen, kommt in Frage und ergäbe zugleich die Möglichkeit, die Kosten der Einrichtung teilweise zu decken.

Bei dieser Arbeitsteilung besteht auch die Möglichkeit, die Bücherverzeichnisse über die verschiedenen Industrien und Länder durch Fachleute nachprüfen zu lassen, wozu die einzelnen Büchereien bei den unendlich vielen Stoffgebieten nur schwer in der Lage sind. Dr. Goebel.

Der Fabrikbetrieb. Die Organisation, die Buchhaltung und die Selbstkostenberechnung industrieller Betriebe von ord. Professor Dr. Albert Calmes. Leipzig 1916, G. A. Gloeckner. 232 S. Preis geh. 4,40 M, in Leinenband 5 M.

Der erste Teil der neubearbeiteten und vermehrten vierten Auflage behandelt in klarer und übersichtlicher Weise alle Punkte, die für die wirtschaftlich günstigste Ausbildung der Fabrikorganisation wichtig sind. Die Auswahl der für die einzelnen Stellen am besten geeigneten Leute, der Wert der gegenseitigen Ueberwachung und die Nachteile, die deren Uebermaß sowie unnötige Schreibaarbeit mit sich bringen, werden aus dem Gesichtspunkt aus betrachtet, die Leistung des Einzelnen wie des Gesamtunter-

nehmens möglichst zu steigern. Die von der kaufmännischen und technischen Abteilung zu bearbeitenden Gebiete für Betriebe mit Einzel- und mit Massenerstellung werden abgegrenzt und das stellenweise Ineinandergreifen beleuchtet, ohne jedoch für alle Fälle geltende Vorschriften geben zu wollen. Im einzelnen wird dann die Tätigkeit der Fabrikleiter, der Korrespondenz und Registratur, der Einkauf-, Lohn- und Verkaufsteilungen sowie die Einrichtung und Verwaltung der Lager für Rohstoffe, Zwischen- und Fertigerzeugnisse durchgenommen und bewährte Vordrucke für die wiederkehrenden Aufzeichnungen wiedergegeben. Im zweiten Teile werden nach einem Abschnitt über die allgemeine Bedeutung und den Inhalt des Rechnungswesens in der Industrie die Vorschriften und Grundsätze für die Fabrikbuchhaltung besprochen; über Buchhaltungsform und Bücher, über das Kontensystem, die Inventur und Bilanz wird alles Wissenswerte mitgeteilt, jedoch wieder mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Einrichtungen je nach der Art des Betriebes von der Fabrikleitung den besonderen Erfordernissen angepaßt werden müssen. Zur Erläuterung sind Beispiele aus bestimmten Betrieben wiedergegeben, die wirksam die klare Darstellung aller vorkommenden Buchungen unterstützen. Besonders ausführlich ist zum Schluß die Kalkulation mit dem vielumstrittenen Gebiet der Selbstkostenberechnung behandelt. Der Verfasser tritt dabei unbedingt für eine Trennung der Herstellungskosten von den Verkaufsunkosten und für eine möglichst weitgehende Zergliederung der sonst als allgemeine Unkosten erscheinenden Beträge ein. Wenn das Buch schon selbst über alle behandelten Fragen durch die stets klare und knappe Ausdrucksweise jedem in einem Fabrikbetriebe Beschäftigten wertvolle Hinweise bietet, so wird das eingehendere Studium einzelner Sondergebiete noch durch eine zehn Seiten umfassende Zusammenstellung von Büchern und Zeitschriften erleichtert, die außer allgemeinen Abhandlungen Arbeiten über Verwaltung, Buchhaltung, Selbstkostenberechnung u. a. nach-

weist. Wer die Schwierigkeiten kennt, in Büchereien solche Sonderwerke aufzufinden, wird dem Verfasser für diese Erleichterung besonders dankbar sein.

Aus dem ganzen Buche spricht der

aus reicher industrieller Tätigkeit erfahrene Kenner des Fabrikbetriebes; es wird dem im Betriebe Stehenden wie auch dem Theoretiker und Handelshochschüler in gleicher Weise gute Dienste leisten. H. Frey.

WIRTSCHAFT, RECHT UND TECHNIK.

Rechtsprechung über die Geltung des Tarifvertrages.

Eine wichtige Entscheidung auf dem Gebiet des Tarifvertrages wurde nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung vom Gewerbegericht zu Frankfurt a. M. gefällt. Eine Arbeiterin klagte gegen ein Brauereiunternehmen auf Anerkennung des für das Brauereigewerbe geltenden Tarifvertrages. Das Unternehmen hielt sich an den Tarifvertrag gegenüber der Arbeiterin nicht gebunden, weil im Vertrag nur von »Arbeitern« und »Männern« die Rede sei. Das Gewerbegericht entschied jedoch, daß die beklagte Firma den Tarifvertrag auch für die Arbeiterinnen anzuerkennen habe, und sprach dementsprechend die Verurteilung aus. In der Begründung wurde unter anderem ausgeführt, daß zwar im Tarifvertrag von der Lohnerhöhung »pro Mann« gesprochen werde, es seien aber unter dieser Bezeichnung alle für die betreffenden Arbeiten in Betracht kommenden Arbeitnehmer zu verstehen. In den Gesetzesfassungen werde immer nur von »Arbeitern«, »Gewerbe- und Handlungsgehilfen« gesprochen, ohne daß man in der Anwendung einen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Gehilfen mache. Die Tatsache, daß Frauen, die zunächst nur als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Männer tätig waren, diese Arbeiten zu geringeren Lohnsätzen ausführen müßten, könnte dazu führen, diese Stellen den aus dem Kriege heimkehrenden Arbeitern dauernd zu entreißen. Der für die Mehrbezahlung der Männer vielfach angeführte Grund, daß diese für die Familie zu sorgen haben, treffe jetzt auch für die arbeitenden Ehefrauen zu. Ebenso müsse aus sozialen Er-

wägungen heraus der Tarifvertrag auch für weibliche Arbeiter gelten.

Das Landgericht trat in der Berufung diesem Standpunkt bei.

Auslandspatentanmeldungen im Kriege.

Nach den statistischen Angaben des kaiserlichen Patentamtes ergibt sich, daß auch im Kriege die Zahl der Patentanmeldungen aus dem Ausland einen beträchtlichen Umfang erreicht hat.

	Patent-anmeldungen		Gebräuchsmusteranmeldungen	
	1915	1916	1915	1916
aus Dänemark	102	118	37	33
» Norwegen	73	62	13	8
» Oesterreich	514	630	398	365
» Ungarn	217	266	70	91
» Schweden	193	227	56	69
» der Schweiz	694	687	486	470
» den Ver. Staaten von Amerika . .	1016	935	291	207
» sonstig. Ländern	209	206	89	65
ferner aus dem feindlichen Ausland:				
aus Belgien	58	84	14	30
» Frankreich	81	49	4	6
» Großbritannien . .	353	289	71	70
» Italien	102	40	14	4
» Rußland	9	10	6	27

In dieser Zusammenstellung verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Frankreich im Vergleich zu England nur eine geringe Zahl von Patenten anmeldete. Während in den letzten Friedensjahren auf etwa drei französische zwei englische Anmeldungen kamen, steht jetzt fünf englischen nur eine französische Anmeldung gegenüber.